

DIE PHILIPPINEN IM SPIEGEL
DER NEUEREN DDR-LITERATUR

Eine kritische Bestandsaufnahme

Jürgen Rüländ

Als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung fristen die Philippinen - im Vergleich zu anderen südostasiatischen Ländern - in der Bundesrepublik ein eher stiefmütterliches Dasein; auch wenn eine intensivere wissenschaftliche Beschäftigung in den letzten Jahren nicht zu übersehen ist. Bevorzugt wurden dabei entwicklungspolitische Spezialprobleme oder landeskundliche Einzelaspekte behandelt. Eine Gesamtdarstellung der historischen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung steht jedoch noch aus¹.

Eben dieser Versuch wurde kürzlich von den beiden DDR-Wissenschaftlern Bernd Sander und Wolfgang Kubiczek mit ihrer Studie "Die Philippinen. Geschichte und Gegenwart" unternommen². Dies gibt Anlaß, die Philippinenforschung der DDR, die in der Bundesrepublik bislang völlig unbeachtet blieb, einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. In dem vorliegenden Artikel wird daher der Versuch unternommen, eine kritische Standortbestimmung der gesellschaftswissenschaftlichen Philippinen-Forschung in der DDR vorzunehmen. Entsprechend ihrem umfassenden Anspruch wird im Mittelpunkt dieser Analyse die Arbeit von Sander und Kubiczek stehen. Doch auch die neuere Zeitschriftenliteratur (ab 1970) sowie die Arbeiten sowjetischer und philippinischer Beobachter, die ins Deutsche übersetzt in der DDR erschienen sind, werden die ihnen gebührende Aufmerksamkeit finden - ohne dabei allerdings Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können.

Der folgende Literaturüberblick beschränkt sich auf einige wenige, gleichwohl aber zentrale Aspekte des östlichen Philippinenbildes: In einem ersten Schritt wird nach dem Erkenntnisinteresse der DDR-Forschung im Hinblick auf die Philippinen gefragt, anschließend daran nach den theoretischen Prämissen und thematischen Schwerpunkten. Im Zentrum dieses Literaturüberblicks steht sodann eine kritische Auseinandersetzung mit drei Hauptthesen der ostdeutschen Philippinenliteratur - also Thesen, die für das Verständnis der philippinischen Geschichte und Politik außerordentlich bedeutungsvoll sind:

1. Die These von der führenden Rolle der Kommunistischen Partei der Philippinen im Kampf gegen Imperialismus und soziale Ungerechtigkeit bis zum Niedergang der Huk-Rebellion.
2. die These von einer Wende in der Wirtschafts- und Außenpolitik unter Präsident Marcos hin zu einer stärkeren Ausrichtung an nationalen Interessen und zuletzt
3. die These vom progressiven Charakter des Ausnahmezustandes (Martial Law), den Präsident Marcos im September 1972 über das Land verhängte.

DIE PHILIPPINEN ALS GEGENSTAND GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER ANALYSE

Zweifelsohne stellt sich zunächst die naheliegende Frage, was Gesellschaftswissenschaftler aus der DDR bewegt, ihr Erkenntnisinteresse dem fernöstlichen Inselstaat der Philippinen zu widmen. Folgender Hintergrund ist dabei zu beachten:

Die staatsrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik im Jahre 1973 und der damit verbundene Wegfall der Hallstein-Doktrin ebnete der DDR den Weg zur Aufnahme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mit all denjenigen Staaten der Dritten Welt, die nicht dem sozialistischen Lager angehören oder diesem nahestehen. Mit der Ausweitung ihres außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Aktionsradius wuchs in der DDR das Informationsbedürfnis über die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen in den jungen Staaten der Dritten Welt³. Gerade im Hinblick auf die Entwicklungsländer, die einen kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, galt es, aus der Perspektive des Marxismus/Leninismus eine Standortbestimmung dieser politischen Akteure im Rahmen der globalen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung vorzunehmen. Auf eben dieses Informationsbedürfnis verweist etwa Diethelm Weidemann in seinem Vorwort zur Studie von Sander und Kubiczek - ein Informationsbedürfnis, das zum einen durch die weltpolitische Bedeutung der Spannungsregion Südostasien, zum anderen durch die Intensivierung der Kontakte zwischen den Philippinen und der DDR seit dem Staatsbesuch Erich Honeckers im Dezember 1977 in Manila angeregt wurde⁴.

ENTWICKLUNGSTHEORETISCHE PRÄMISSEN

Die in der DDR publizierte Philippinen-Literatur steht - wie alle gesellschaftswissenschaftlichen Beiträge aus der DDR zur Dritten Welt - auf dem Boden der sowjet-marxistischen Entwicklungstheorie⁵. Diese postuliert einen gesetzmäßigen historischen Prozeß, in dessen Verlauf ehemals rückständige, koloniale Länder sich auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg über die Zwischenetappe einer nationaldemokratischen Revolution allmählich in Richtung Sozialismus entwickeln. Bis jedoch diese gesellschaftliche Entwicklungsstufe erreicht ist, kommt es infolge der immer größer werdenden internen gesellschaftlichen Widersprüche zu andauernden Konflikten zwischen den fortschrittlichen, nationaldemokratischen und anti-imperialistischen Kräfte einerseits und den Handlangern des Imperialismus - den reaktionären Klassen der Großgrundbesitzer, Teilen der Großbourgeoisie und der Staatsbürokratie - andererseits. Dabei wird der Einfluß der imperialistischen Kräfte mit fortschreitender Dauer dieser Auseinandersetzung sowohl quantitativ als auch qualitativ zurückgedrängt, während der nationaldemokratische Block - bestehend aus der Arbeiterklasse, Teilen der Bauernschaft, den Zwischenschichten und progressiven Teilen der Bourgeoisie - immer mehr die Oberhand gewinnt⁶.

In dieses theoretische Prokrustesbett wird auch die Geschichte der Philippinen hineingezwängt. Sander⁷ und Sander/Kubiczek⁸ beispielsweise skizzieren sie als eine lineare Entwicklung, die von vorkolonialen Formen des Feudalismus bis hin zu einer forcierten kapitalistischen Entwicklung in Marcos' "Neuer Gesellschaft" reicht. Dazwischen liegt die mehr als 300-jährige spanische Kolonialepoche, während der sich vor allem auf dem Lande feudale Besitzverhältnisse festigten. Die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche in der von klerikalischen Kräften durchdrungenen Kolonie entluden sich Ende des 19. Jahrhunderts in einem Befreiungskrieg (1896), der nach Auffassung von Levinson⁹ und Sander/Kubiczek¹⁰ eine bürgerlich-nationale Revolution war. Doch die Annexion durch die USA nach 1898 setzte diesem nationalen Emanzipationsprozeß ein jähes Ende. Unter der amerikanischen Kolonialherrschaft, die entgegen einer weit verbreiteten westlichen Meinung keinesfalls das Prädikat "aufgeklärt" verdient - dies zu verdeutlichen ist zweifellos ein Verdienst von Levinson und Sander/Kubiczek - bauten die "Ilustrados", eine dünne Schicht wohlhabender einheimischer Grundbesitzer, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in der Kolonie kontinuierlich aus. Sie waren die Gewinner bei der Umwandlung der Philippinen in einen "Agrar- und Rohstoffanhängsel" der USA¹¹. Auch nach der Unabhängigkeit im Jahre 1946 änderten sich diese Verhältnisse nur wenig - eine nationale Industriebourgeoisie entstand allenfalls in Ansätzen, soweit dies ein zaghaft praktizierter Protektionismus eben zuließ. Die schließlich in der Ära Marcos eingeleitete kapitalistische Entwicklung der Philippinen ist ebenfalls nicht frei von Widersprüchen. Die von der kommunistischen Partei der Philippinen (Partido Komunista ng Pilipinas) geführte nationaldemokratisch-antiimperialistische Bewegung ist es schließlich, die nach Meinung der DDR-Wissenschaftler versucht, diese

Widersprüche in eine national eigenständige Politik des Landes überzuführen, um damit langfristig den Übergang zu einer nichtkapitalistischen sozialistischen Entwicklung einzuleiten¹².

Die sowjetmarxistische Entwicklungstheorie wurde bereits von Basam Tibi einer eingehenden und überzeugenden Kritik unterzogen¹³. Für eine kritische Würdigung der theoretischen Prämissen, die der Philippinen-Forschung der DDR zugrunde liegen, ist es daher hinreichend, auf einige zentrale Einwände Tibis zu verweisen. So kritisiert Tibi an der sowjetmarxistischen Entwicklungstheorie, sie beruhe auf gesetzmäßigen geschichtlichen Abläufen¹⁴; ein Aspekt, der vor allem bei Sander/Kubiczek in ihrer Berufung auf das Marx'sche Fünfstadien-Modell und Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" deutlich sichtbar wird¹⁵. Insbesondere die Übertragung des Fünfstadien-Modells der Aufeinanderfolge von Produktionsweisen auf die gesellschaftliche Realität der Philippinen und die eurozentrische Verwendung von Begriffen wie "Feudalismus" oder "Kapitalismus"¹⁶, weist auf die von Tibi erkannte begriffliche Unschärfe der sowjetmarxistischen Entwicklungstheorie hin¹⁷.

Dabei wurde die westliche marxistische Kritik an dieser einlinigen und eurozentrischen Geschichtsauffassung - in diesem Zusammenhang sei insbesondere an Wittfogels Theorie der "Orientalischen Despotie"¹⁸ oder Hamza Alavis Konzeption einer "kolonialen Produktionsweise"¹⁹ erinnert - ebensowenig wie andere wichtige Versuche der internationalen Forschung zur Erarbeitung einer Theorie der Unterentwicklung²⁰ zur Kenntnis genommen.

Tibis Kritik an der sowjetmarxistischen Entwicklungstheorie gipfelt schließlich in der Feststellung, die von ihr herausgearbeiteten Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung "haben die Funktion, der in Wirklichkeit pragmatischen Sowjetpolitik einen historisch notwendigen Charakter zu verleihen". Sie sei damit "Teil des Sowjetmarxismus als Legitimationswissenschaft". Besonders nachdrücklich offenbare sich dies in dem Postulat, der Sozialismus in der Dritten Welt sei allein im engen Bündnis mit der Sowjetunion zu verwirklichen. Dahinter stehe nichts weiter als eine Rechtfertigung des sowjetischen Führungsanspruchs in der Dritten Welt, der in Wirklichkeit nur ihre hegemonistischen Absichten verschleierte²¹.

Dieser theoretische Rahmen bedingt denn auch die Themenwahl in der DDR-Literatur. Eine Durchsicht der zugänglichen DDR-Literatur ergab die folgenden thematischen Schwerpunkte: Die Arbeit der "Partido Komunista ng Pilipinas" (PKP), der Aufbau einer nationaldemokratischen, anti-imperialistischen Front in den Philippinen, die Bedingungen und Chancen eines "nationalen und sozialen Befreiungskampfes" der Filipinos, die Wirkungsweisen und Erscheinungsformen des US-Imperialismus sowie sozio-ökonomische Probleme und Reformansätze zu ihrer Überwindung (unter besonderer Berücksichtigung der 1972 von Präsident Marcos eingeleiteten Agrarreform).

Die meisten dieser vorwiegend polit-ökonomisch geprägten Untersuchungen

und Aufsätze sind reine Literaturstudien ohne Feldforschung im Lande, wobei auffällt, daß trotz aller Akribie in der Erfassung von Literatur, Dokumenten und anderem Material wichtige Standardwerke zuweilen nicht zur Kenntnis genommen wurden²². In den meisten Arbeiten wird die Makroebene nur selten verlassen; detaillierte Mikro- oder Sektorstudien (z. B. Stadt- oder Dorfstudien, Untersuchungen zum Landwirtschaftssektor) gibt es kaum, sieht man einmal von einigen meist kurzen und eher populärwissenschaftlichen Zeitschriftenartikeln ab. Auch anthropologische oder ethnologische Forschungen gibt es meines Wissens nicht. Nur ganz am Rande findet eine Beschäftigung mit dem Wertesystem und gesellschaftlichen Verhaltensmustern der Filipinos statt. Daher spielen sozio-kulturelle Faktoren, deren Bedeutung in der bundesrepublikanischen Entwicklungsländerforschung in letzter Zeit durchaus anerkannt wird²³, bei der Analyse politischer und gesellschaftlicher Prozesse in der DDR-Forschung fast gar keine Rolle, was ebenfalls zu der häufig auffallend eurozentrischen Betrachtungsweise der Philippinen beiträgt.

DIE PKP ALS POLITISCHER FAKTOR IN DEN PHILIPPINEN BIS ZUM NIEDERGANG DER HUK-REBELLION

Bei einer Durchsicht der verfügbaren DDR-Literatur zu den Philippinen taucht stets die These von der führenden Rolle der PKP im Kampf um soziale Gerechtigkeit und nationale Unabhängigkeit auf, den diese sofort nach ihrer Gründung im Jahre 1930 mit Erfolg aufgenommen habe²⁴. Zur Begründung dieser These legt Levinson dar, daß die Anfangsjahre der PKP in eine Zeit fielen, die durch eine spürbare Verschlechterung der Lebensbedingungen der werktätigen Massen, insbesondere der Bauern gekennzeichnet war. Das Eindringen kapitalistischer Verhältnisse in das Dorf habe einerseits zu einer Konzentration des Grundeigentums, andererseits aber zu einer zunehmenden Expropriierung und damit Proletarisierung der Bauern geführt. Levinson führt weiter aus, wie sich in der Bauernschaft Widerstand gegen diese Pauperisierungstendenzen geregt habe, was seinen Ausdruck in der Gründung zahlreicher Bauernverbände zur Wahrung der bäuerlichen Interessen fand. Die meisten Verdienste dabei erwarben sich die beiden größten Verbände, die "Kalipunang Pambansa ng mga Magbubukid sa Pilipinas" (KPMP) und die "Aguman Ding Maldang Talapagobra" (AMT), die nach Darstellung von Levinson unter der politischen Führung und organisatorischen Anleitung der Kommunisten bzw. Sozialisten standen. Der Arbeit der Kommunisten in diesen Bauernverbänden, aber auch in den fortschrittlichen Gewerkschaften der Industriearbeiter Manilas sei es zu verdanken, daß die Werktätigen ihre Forderungen nun in zahlreichen Demonstrationen und Streiks zu Gehör bringen konnten²⁵. Die Vereinigung der PKP mit der Sozialistischen Partei im Jahre 1938 war ein weiterer Beleg für den wachsenden Einfluß der PKP auf die Arbeiter und Bauern

des Landes²⁶. Sander/Kubiczek gelangen daher zu der Feststellung, daß es der PKP bis Ende der dreißiger Jahre gelungen sei, "bedeutende Positionen unter der Arbeiterschaft Manilas und den Bauern Zentral-Luzons" zu gewinnen²⁷.

Zu den sozialen Problemen des Landes kam Ende der dreißiger Jahre eine Bedrohung von außen hinzu: der japanische Imperialismus. Die einzige wachsame politische Kraft angesichts dieser Gefahr waren nach allgemeiner Auffassung in der DDR-Literatur die Kommunisten, die ständig vor diesem Feinde warnten²⁸. Sie waren es auch, die allein Vorbereitungen gegen den bevorstehenden militärischen Einfall der Japaner trafen, indem sie eine antiimperialistische Front ins Leben riefen. Als die Japaner Ende 1941 dann tatsächlich die Philippinen okkupierten, waren es Levinson und Sander/Kubiczek zufolge wiederum in erster Linie die Kommunisten, die den bewaffneten Widerstand gegen die Eindringlinge organisierten und die "Hukbalahap", eine Partisanenarmee aus Bauern, gründeten²⁹. Die "Hukbalahap", die insbesondere in Zentralluzon operierte, führte in den Jahren 1942-1945 einen aufopferungsvollen und zugleich auch recht erfolgreichen Guerilla-Krieg gegen die Japaner und ihre philippinischen Kollaborateure und leistete darüber hinaus den amerikanischen Invasionstruppen wirkungsvolle Hilfe bei der Rückeroberung des Archipels im Jahre 1945.

Doch die Verdienste, die sich die "Hukbalahap" bei der Befreiung der Philippinen erworben hatte, waren schnell vergessen. Schon bald nach dem Sieg über die Japaner begannen die Amerikaner im Verein mit der philippinischen Oligarchie, sich gegen die "Huks" zu wenden. Während die USA in den "Huks" eine bewaffnete Organisation sahen, die die Wiederherstellung ihrer kolonialen Rechte über den Inselstaat bedrohen konnte, fürchtete die landbesitzende einheimische Oberschicht um ihre politischen und ökonomischen Privilegien. Diese gemeinsame Interessenlage führte schließlich dazu, daß die Verfolgung und offene Bekämpfung der "Huks" durch amerikanische Truppen, die philippinische Militärpolizei und bewaffnete Zivilgarden einherging mit einer gleichzeitigen Rehabilitation der ehemaligen Kollaborateure, die - extrem erpressbar - als Gegenleistung die weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Sonderrechte der USA auf den Philippinen auch für die Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1946 garantierten.

Levinson und Sander/Kubiczek legen nun dar, wie die Verfolgung und Unterdrückung der ehemaligen Widerstandskämpfer, ihre enttäuschten nationalen Hoffnungen und ausbleibende Sozialreformen zu einer Revitalisierung der "Hukbalahap" nach 1946 führten. Dies erfolgte zunächst mit rein defensiven, ab 1949 jedoch mit offensiven Zielen. Auch in den bewegten Nachkriegsjahren ist nach Meinung der genannten Autoren die PKP die führende und aktivste Kraft im Kampf gegen das Bündnis von einheimischer Reaktion und US-Imperialismus. Ähnlich wie schon vor dem Kriege habe sich die Arbeit der Partei in erster Linie auf die Gewerkschaften in Manila, den Nationalen Bauernbund (Pambansang Kaisahan ng mga Magbubukid) und die Organisation von Demon-

strationen und Streiks konzentriert. Daneben habe die PKP auch bedeutenden politischen Einfluß in der Demokratischen Allianz ausgeübt, einer Vereinigung nationaldemokratischer Kräfte, die in den Anfangsjahren der Republik vor allem in Zentralluzon viele Anhänger besaß. Als 1948 erneut der Bann der Illegalität über die Partei verhängt wurde, war es der DDR-Literatur zufolge wiederum die PKP, die in altbewährter Weise an der Spitze der "Huk"-Rebellion gestanden habe. Erst etwa ab 1951 habe die Aufstandsbewegung und damit auch die PKP allmählich an Boden verloren. Dies wird vornehmlich darauf zurückgeführt, daß sich in dieser Zeit der verstärkte militärische Druck der Zentralregierung, die amerikanische Militärhilfe und seit 1953 die Ankündigung von Agrarreformen durch die neue populistische Regierung Mag-saysay auszuwirken begannen.

An dieser Stelle sollte jedoch festgehalten werden, daß die These von der führenden Rolle der Kommunisten in den Bauernorganisationen und der "Huk-balahap" auch in der philippinischen und amerikanischen zeitgeschichtlichen Literatur lange Zeit als durchaus gesichert galt³⁰. Mit Hilfe dieser These ließ sich vor allem im Zeitalter des Kalten Krieges die unheilige Allianz zwischen der amerikanischen Regierung und der philippinischen Reaktion in einem günstigeren Licht darstellen. Alle politischen und militärischen Repressalien, mit denen die herrschenden Kreise - die Großgrundbesitzer und die ihnen nahestehenden Politiker samt Militär - die berechtigten sozialen Forderungen der bäuerlichen Massen beantworteten, konnten so als Abwehrmaßnahmen gegen eine um sich greifende kommunistische Bedrohung gerechtfertigt werden.

Seit der Veröffentlichung von Kerkvliets vortrefflicher Studie über die "Huk-Rebellion"³¹ ist die These von der führenden Rolle der PKP in den Bauernunruhen zwischen 1930 und den frühen fünfziger Jahren jedoch nicht mehr haltbar. Kerkvliet konnte die Unrichtigkeit dieser These in mehreren Punkten überzeugend nachweisen³².

1. Die These beruht auf der verkürzten Argumentation, daß prominente Führer der großen Bauernverbände (KPMP, PKM) und der "Huks" gleichzeitig Mitglieder der PKP waren. Die überwiegende Mehrzahl der lokalen Bauern- und "Huk"-Führer hingegen waren nicht Mitglied der Kommunistischen Partei.
2. Ebenso spricht gegen die These von der kommunistischen Führungsrolle die Tatsache, daß die PKP nur schwach entwickelte Beziehungen zur Bauernschaft, also der zahlenmäßig weitaus größten Bevölkerungsgruppe, unterhielt. Nur wenige PKP-Mitglieder waren Bauern, die Aktivitäten der Partei in den ländlichen Regionen entsprechend gering. Vielmehr lag das Hauptaugenmerk der Partearbeit auf der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Parteiführung vertrat zu jener Zeit die Auffassung - wie übrigens auch heute noch -, daß das städtische Proletariat und nicht die Bauernschaft grundsätzlich das Rückgrat einer jeden revolutionären Bewegung in den Philippinen sein müßte und daher die besondere Aufmerksamkeit der Partei verdiene³³.

3. Die Parteiorganisation der PKP erwies sich als ein höchst labiles Gebilde. Namentlich in den Anfangsjahren ihres Bestehens war sie infolge ihres frühen Verbots (1931), sowie der Verhaftung und Exilierung führender Mitglieder sehr schwach organisiert. Die Parteiführer waren größtenteils städtische Intellektuelle, die nur wenig Kontakt zum Proletariat und zu den Massen besaßen. Die Mitgliedschaft der PKP war alles andere als homogen; im Grunde konnte jeder Mitglied werden, der linksradikale Ansichten vertrat. Die Konsequenz der wenig sorgfältigen Kaderrekrutierung war eine recht mäßig entwickelte Parteidisziplin, mangelndes politisches Bewußtsein und eine höchst unzureichende Vertrautheit mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus³⁴.
4. In den politischen Zielen und der Strategie zu ihrer Verwirklichung gab es tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bauernbewegung und der PKP³⁵. Die Forderungen der Bauern - wie auch die der "Huks" - waren gemäßigt. Sie waren gerichtet auf die Wiederherstellung der paternalistischen Pflichten der Grundbesitzer (z. B. die Vergabe von zinslosen Darlehen und Reisrationen in Notzeiten, gerechte Ernteaufteilung, gleichmäßige Verteilung der Bewirtschaftungskosten etc.), die mit der Ausbreitung der kapitalistischen Landwirtschaft von den Grundbesitzern in zunehmendem Maße nicht mehr anerkannt wurden. Die Legitimität der bestehenden Besitzordnung dagegen blieb unangetastet. Forderungen nach der Umverteilung von Land waren die Ausnahme von der Regel. Die Bauernbewegung war reformorientiert und der Wunsch nach der Durchsetzung der Forderungen über legale Kanäle vorherrschend. Die Rebellion dagegen wurde als letzter Ausweg angesehen, als Folge unerträglicher Repressalien unter der japanischen Fremdherrschaft und später einer ultrareaktionären Regierung, die nach der Unabhängigkeit die Geschicke des Landes lenkte. Selbst als die Rebellion in der zweiten Hälfte der 40er Jahre ihrem Höhepunkt entgegenstrebt, wurden von der "Huk"-Führung immer wieder vergebliche Versuche zur Beilegung des Konflikts unternommen, die auf der Anerkennung ihrer weitgehend moderaten Forderungen gründeten. Auch die "Hukbalahap" steht damit in der Tradition der zahlreichen Rebellionen und Revolten der philippinischen Geschichte, die wie Dahm³⁶ zeigt, alle einen eher konservativen und gemäßigten Charakter trugen.

Während die Bauernbewegung und die "Huks" lediglich Gerechtigkeit nach traditionellen Maßstäben suchten, gingen die Ziele der PKP wesentlich darüber hinaus. Erklärtes Ziel der PKP war eine sozialistische Gesellschaftsordnung für die Philippinen. Entscheidende Bestandteile dieser Zielvorstellung waren eine Agrarrevolution, d. h. die Enteignung der großen Grundbesitzer unter dem Slogan "Land für die Landlosen" sowie die Nationalisierung von Teilen der Volkswirtschaft und die Vertreibung der Amerikaner aus dem Lande³⁷.

DIE PHILIPPINEN UNTER PRÄSIDENT FERDINAND E. MARCOS - AUFBRUCH ZU EINER NATIONALISTISCHEN POLITIK?

Eine weitere in der DDR-Forschung weitgehend anerkannte These ist die Einschätzung der Politik von Präsident Marcos als ein Schritt in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung nationaler Interessen³⁸. Inwieweit dieses Urteil zutrifft wird im folgenden am Beispiel der Wirtschafts- und Außenpolitik zu untersuchen sein.

1. Wirtschaftspolitik

Levinson, Sander und Sander/Kubiczek bieten in ihren Arbeiten umfangreiches Material auf, um zu dokumentieren, wie die Abhängigkeit der Philippinen von den USA durch ungleiche Verträge auch nach der Erlangung der völkerrechtlichen Unabhängigkeit festgeschrieben wurde. Im wirtschaftlichen Bereich erfolgte dies durch den Bell Trade Act von 1946 und das 1954 unterzeichnete Laurel-Langley-Abkommen (Revised Trade Act). Die philippinische Regierung mußte in diesen Verträgen weitgehende Einschränkungen ihrer Souveränität in der Währungspolitik (revidiert im Laurel-Langley-Agreement) und der Zollpolitik hinnehmen. Die ausgehandelten niedrigen Zolltarife, die später jedoch stufenweise angehoben werden mußten, begünstigten die Einfuhr amerikanischer Fertigwaren und behinderten damit für eine Zeitlang den Aufbau einer einheimischen Industrie erheblich. Auf philippinischer Seite profitierten von diesen Abkommen allein die traditionellen Agrarexporteure, denen die Verträge durch die Festlegung von günstigen Importquoten umfangreiche Marktanteile auf dem Zuckermarkt der USA sicherten. Hinzu kam die Vereinbarung einer sog. "Paritätsklausel", die amerikanischen Staatsbürgern dieselben Rechte wie Filipinos bei der Ausbeutung der Naturschätze des Archipels und dem Erwerb von Grund und Boden zuerkannte.

Verglichen mit diesen ungleichen vertraglichen Vereinbarungen, die die philippinisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen einseitig zugunsten der USA regelten, sehen die Untersuchungen DDR-marxistischer Wissenschaftler in der Wirtschaftspolitik der Regierung Marcos einen einschneidenden Kurswechsel, der weit stärker als bisher die nationalen Interessen zur handlungsleitenden Maxime macht. Sander, Wolf und Sander/Kubiczek porträtieren dabei Präsident Marcos und seine Nacionalista Partei als politische Interessenvertreter der einheimischen Industriebourgeoisie³⁹. Dementsprechend verfolge Präsident Marcos mit seiner Wirtschaftspolitik das Ziel, dem philippinischen Kapital Vorrang vor ausländischen Unternehmen einzuräumen. Hauptanhaltspunkte für diese These sind die Versuche der Regierung Marcos zur Investitionslenkung, die Nichterneuerung des Laurel-Langley-Abkommens, das 1974 auslief, die Diversifizierung des Handels und staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben⁴⁰.

Diese Sichtweise läßt jedoch einige Einwände zu.

Wenngleich eingeräumt werden muß, daß sich unter Marcos die direkte, durch ungleiche Verträge zementierte Abhängigkeit von den USA in eine eher indirekte, strukturelle Dependenz von den entwickelten kapitalistischen Staaten und dem internationalen Finanzsystem verändert hat, so ist doch die These von einer gewachsenen philippinischen Selbständigkeit in der Wirtschaftspolitik und der bevorzugten Förderung des einheimischen Kapitals so nicht haltbar. Die Argumentation der DDR-Forschung trifft nur insoweit zu, als Marcos tatsächlich einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftspolitik seines Landes herbeigeführt hat. Dabei ging es Marcos aber - entgegen der Auffassung von Sander/Kubiczek - um die Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital, ihre vollkommene Integration in den Weltmarkt und einen allmählichen Übergang von einer importsostituierenden zu einer exportorientierten Industrialisierung. Wie wir von Stauffer und Selden wissen, wurden die dazu erforderlichen Strukturänderungen bereits vor der Ausrufung von Martial Law (1972) eingeleitet und dann - ausgestattet mit den umfassenden Vollmachten des Ausnahmezustandes - von der Regierung zielstrebig fortgeführt⁴¹.

Schon bald nach seinem Amtsantritt im Jahre 1965 begann Marcos die Weichen für seine neue Wirtschaftspolitik zu stellen, indem er Schlüsselpositionen in der staatlichen Verwaltung und insbesondere in den Planungsstäben mit jungen Technokraten besetzte, die ihre Ausbildung in den USA erhalten hatten und einen Entwicklungsweg propagierten, der auf Freihandel, vermehrten ausländischen Direktinvestitionen, Kreditaufnahme in großem Umfang und einer exportorientierten Industrialisierung beruhte⁴².

Zum gleichen Zeitpunkt zeichnete sich immer deutlicher ab, daß die Importsubstitutionspolitik, die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum in Gang gebracht hatte, in eine Sackgasse geraten war⁴³. Die großen Zahlungs- und Handelsbilanzprobleme, die zunehmende Staatsverschuldung und schrumpfende Wachstumsraten geben davon ein beredtes Zeugnis. Die Wege zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise des Landes suchten Marcos' Technokraten in zunehmendem Maße bei internationalen Organisationen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF), mit deren Experten sie die gleiche Denkschule und das gleiche Entwicklungskonzept verband.

So beschloß die philippinische Regierung im Jahre 1970 auf Drängen des IWF die Freigabe des Peso-Wechselkurses, die Marcos in seinem mit nationalistischen Parolen geführten Wahlkampf um eine zweite Präsidentschaft (1969) noch kategorisch in Abrede gestellt hatte⁴⁴. Nach Bronger führte dies bis 1972 zu einer de facto-Abwertung des Peso um 65 %⁴⁵.

Gerade in dieser Maßnahme zeigte sich, wie wenig die Mehrzahl der Filipino-Unternehmerschaft von der Wirtschaftspolitik der Regierung Marcos gestärkt wurde, wie DDR-Beobachter häufig behaupten. Insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe litten sehr darunter. Das "floating" des Wechselkurses führte dazu, daß wichtige Importe wie beispielsweise Ausrüstungsgüter oder

Ersatzteile, ohne die ein reibungsloser Produktionsprozeß nicht aufrechtzuhalten ist, teurer wurden; dasselbe gilt für Kredite, während gleichzeitig die Kapitalanlagen der ausländischen Investoren im Peso-Wert stiegen. Wie schon nach der ersten Peso-Abwertung im Jahre 1962, mußten auch 1970 zahlreiche einheimische Unternehmer den Bankrott anmelden; viele andere Betriebe konnten sich nur durch "joint ventures" mit amerikanischen Unternehmen oder Massenentlassungen am Leben erhalten. Ferner mußten unter dem Druck des IWF fast sämtliche Entwicklungsprojekte der Regierung aufgegeben werden, was einen Rückgang der industriellen Kapazitätsauslastung auf teilweise 20-30 % zur Folge hatte⁴⁶.

Die Freigabe des Peso-Wechselkurses verdeutlicht weiterhin, wie sehr die Regierung in Manila unter das Diktat zahlreicher ausländischer Akteure geriet. Indirekt setzte sich dadurch auch die alte Abhängigkeit von den USA fort, denn aufgrund des Kapital-Stimmen-Prinzips besitzt die USA in den internationalen Geldgeberorganisationen wie der Weltbank, dem IWF oder der Asian Development Bank (ADB) großen Einfluß⁴⁷.

Stabilisierungskredite des IWF waren hinfort an Auflagen gebunden, die die philippinische Regierung zuvor erfüllen mußte. Um die Erfüllung dieser Auflagen und die Rückzahlung der Kredite sicherzustellen, richtete die Weltbank bereits 1971 eine "Konsultativgruppe für die Philippinen" ein. Daneben gibt es, ebenfalls seit 1971, einen ständigen Beobachter des IWF bei der philippinischen Zentralbank und einen "Gemeinsamen Ausschuß von IWF und Zentralbank". Alle diese externen Akteure besitzen gegenüber der Regierung in Manila einen weitreichenden Einfluß auf wichtige nationale Entscheidungen im Bereich der Wirtschafts-, Haushalts- und Entwicklungspolitik⁴⁸.

Die mittlerweile weitgehend vollzogene Einbindung der philippinischen Volkswirtschaft in den Weltmarkt verstärkte die Abhängigkeit des Landes von ausländischen Geldgebern - vor allem amerikanischen und japanischen Geschäftsbanken sowie den bereits erwähnten internationalen Geldgeberorganisationen - noch weiter. Welche Dimensionen die Verschuldung des Landes heute angenommen hat, spiegelt sich schon darin wider, daß die privaten und öffentlichen Auslandsverpflichtungen von 599,5 Mio. US Dollar (1965)⁴⁹ auf rund 18 Mrd. US Dollar (1982) emporschnellten⁵⁰. Der Schuldendienst lag 1981 bei beinahe 23 % der Exporteinnahmen, 1982 dürften es nach Schätzungen des IWF mehr als 28 % werden - dabei gelten aber bereits 20 % als Krisensignal⁵¹. Kein Wunder, daß die Philippinen derzeit das beim IWF am höchsten verschuldete Land Asiens sind⁵².

Der Einfluß freihandels-orientierter internationaler Organisationen auf die philippinische Wirtschaftspolitik zeigt sich auch in der Übernahme von Empfehlungen der UNIDO, die zur Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern die Einrichtung von sog. "freien Produktionszonen (Export Processing Zones) vorschlug⁵³. Die Philippinen gehörten zu den ersten Nationen, die dieses Konzept zu verwirklichen begannen. Schon 1971 wurde hier mit dem Bau der ersten freien Produktionszone, der Bataan Export

Processing Zone, begonnen. Bis heute sind drei weitere in Baguio City, Mactan (in der Nähe von Cebu City) und Angeles City hinzugekommen.

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes wurde die Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital energisch vorangetrieben. Dies machten die kurz danach getroffenen Maßnahmen deutlich⁵⁴:

1. Die Aufhebung von Entscheidungen des Obersten Gerichts aus dem Jahre 1972, die darauf abzielten, amerikanischen Besitz nach dem Auslaufen des Laurel-Langley-Abkommens in philippinische Hände übergehen zu lassen und darüber hinaus Ausländern untersagten, Leitungsfunktionen in Unternehmen auszuüben, die nach dem Investment Incentives Act von 1967 ausschließlich Filipinos vorbehalten sind.
2. Klare Signale an die USA, daß auch nach dem Erlöschen des Laurel-Langley-Abkommens amerikanischer Besitz in den Philippinen unangetastet bleibt.
3. Die Außerkraftsetzung von Gesetzen, die ausländische Ölkonzerne an der Erschließung neuer Ölfelder hindern sollten.
4. Die Gewährung attraktiver Investitionsanreize wie z.B. Arbeitsfrieden, d.h. Streikverbot, Niedriglöhne, die Abschaffung der Kapitalzuwachssteuer (capital gains tax), die Aufhebung von Einfuhrzöllen auf industrielle Ausrüstungsgüter und die Liberalisierung der Bestimmungen über die Repatriierung von Kapital und Gewinnen.
5. Die Öffnung des Bankenwesens für Ausländer.
6. Der Beitritt der Philippinen zum GATT.
7. Die Ratifizierung des bereits 1960 abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Japan.

In der Folge nahmen die ausländischen Direktinvestitionen in den Philippinen rasch zu. Während sie 1970 einen Tiefpunkt erreicht hatten und noch 1972 lediglich 30 Mio. US Dollar an neuen ausländischen Direktinvestitionen⁵⁵ ins Land flossen, stiegen sie in den folgenden Jahren steil an. 1973 waren es bereits 63 Mio. US Dollar und 1974 gar schon 234 Mio. US Dollar. Insgesamt übertrafen die ausländischen Investitionen, die zwischen Februar 1970 und Juli 1981 in den Philippinen getätigt wurden, die Marke von 1,5 Mrd. US Dollar. Zwischen 1968 und 1974 erhöhte sich der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen an den Gesamtinvestitionen der philippinischen Volkswirtschaft von 24,4 % auf 61,8 %⁵⁶. Darüber hinaus hatten bis 1975 mehr als 70 multinationale Konzerne ihr regionales Hauptquartier in Manila aufgeschlagen⁵⁷.

Der rapide Zufluß ausländischen Kapitals nach der Verhängung des Ausnahmezustandes kann auch in der DDR-Forschung nicht ignoriert werden⁵⁸. Sander und Kubiczek führen diese Tatsache auf den "Druck der ausländischen Monopole" zurück, dem sich die philippinische Regierung "in bestimmtem Umfang" gebeugt habe⁵⁹. Doch wird mit der umfangreichen ausländischen In-

vestitionstätigkeit ein zentrales Argument hinfällig, auf das Sander und Kubiczek ihre Auffassung von einem stärker durch nationale Interessen geprägten wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Marcos gründeten: den Erlaß einer Reihe neuer Investitionsgesetze zur Kontrolle und Lenkung der ausländischen Investitionen⁶⁰.

Nach dem Investitionsförderungsgesetz (Investment Incentives Act) von 1967 mußten sich alle Unternehmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung über 30 % bei einer Investitionskontrollbehörde (Board of Investments) registrieren lassen. Zum Zwecke der Investitionslenkung sieht das Gesetz eine Unterscheidung in nicht-bevorzugte (non-preferred areas) und bevorzugte (preferred areas) Industriebereiche vor. Letztere Kategorie wird noch einmal unterteilt in Pionierbereiche (pioneer areas) und weniger förderungswürdige Nicht-Pionierbereiche (non-pioneer areas). Dabei wird Unternehmen mit Nicht-Pionier-Status eine ausländische Kapitalbeteiligung von maximal 40 %, im Pionierbereich hingegen bis zu 100 % zugestanden. Ab dem 11. Jahr müssen jedoch auch Unternehmen mit Pionier-Status jährlich 10 % ihres Aktienkapitals an philippinische Staatsangehörige verkaufen, bis schließlich der ausländische Kapitalanteil auf 40 % gesunken ist. In verschiedenen anderen Wirtschaftsbranchen wie der Reis- und Maisverarbeitung oder im Einzelhandel dürfen Ausländer überhaupt nicht mehr investieren. Darüber hinaus sollten vor allem jene Unternehmen von staatlicher Seite finanziell gefördert werden, die einen einheimischen Kapitalanteil von mindestens 70 % besaßen⁶¹.

Sander und Sander/Kubiczek schätzen diese Maßnahmen falsch ein, weil sie versäumen, klar zu trennen zwischen Gesetzesnorm und Realität und sie damit dem philippinischen Legalismus zum Opfer fallen. Neben einigen auf den ersten Blick für ausländische Investoren eher ungünstigen Bestimmungen enthält der Investment Incentives Act zahlreiche Lücken und Ausnahmeregelungen, die genügend Anreize für Investitionsvorhaben bieten⁶².

So wurden beispielsweise den Unternehmen im bevorzugten Industriesektor umfangreiche Steuererleichterungen zugesichert. Wie leicht sich überdies die Bestimmungen des Investitionsgesetzes umgehen lassen, zeigt folgendes hypothetisches Beispiel: Unternehmen A mit 40 % ausländischem Kapitalanteil gilt nach dem Investment Incentives Act als "Philippine National" und ist daher berechtigt, mindestens 60 % der Aktien eines anderen Unternehmens B in diesem Sektor zu erwerben. Durch diese Kapitalverflechtung steigt der ausländische Kapitalanteil in Unternehmen B de facto auf 64 %. Ferner kann der dominante Einfluß des ausländischen Investors selbst in einem "joint venture" bei nur 40 % Kapitalanteil gesichert werden, wenn die restlichen 60 % auf Angestellte des Betriebs oder viele andere philippinische Kleinaktionäre verteilt werden. Hinzu kommt das 1970 verabschiedete Exportförderungsgesetz (Export Incentives Law), das im Kern ebenfalls günstige Bedingungen für ausländische Investitionsvorhaben schafft. Das Exportförderungsgesetz läßt in Exportindustrien eine ausländische Kapitalbeteiligung in Höhe von 55 % zu und in Pionierindustrien, die zugleich für den Export produzieren, sogar in

Höhe von 100 %⁶³.

Versucht man heute, den Abhängigkeitsgrad der philippinischen Wirtschaft von externen Akteuren und Faktoren zu bewerten, dann hat sich dieser mit Sicherheit nicht vermindert. Die Schlüsselindustrien (exportorientierte Leichtindustrie, die geplante Schwerindustrie, extraktiver Sektor, Chemie) sind ohne starke ausländische Beteiligung nicht lebensfähig. Außerdem scheint die derzeitige Industrialisierungsstrategie einen Konzentrationsprozeß in der philippinischen Wirtschaft zu fördern, der vor allem zu Lasten der kleineren, für den heimischen Konsumgütermarkt produzierenden Betrieb geht, nachdem diese - einem Weltbankbericht zufolge⁶⁴ - Mitte der sechziger Jahre eine einmalige Blüte erlebt hatten. Zum Niedergang vieler kleiner und mittlerer Unternehmen trägt mit großer Wahrscheinlichkeit der allmähliche Abbau der Importkontrollen - d.h. der letzten protektionistischen Bestimmungen - bei, den die Regierung Marcos unter dem Druck der Weltbank und des IWF 1973 begann und der seit 1980 sogar noch forciert wurde. Die Beseitigung der Importkontrollen setzt die kleineren Betriebe auf dem heimischen Markt einem weitgehend unbegrenzten und unkontrollierten Warenzustrom aus, dem sie sich in vielen Fällen nicht wettbewerbsfähig erweisen.

Der umfangreiche Zufluß ausländischer Kapitalien verstärkte auch den der philippinischen Volkswirtschaft seit langem immanenten Trend zu einer technologisch aufwendigen, kapitalintensiven Industrialisierung. Damit ändert sich auch wenig an der beträchtlichen Abhängigkeit von fremder Technologie. Zudem erweist sich diese Strategie als wenig geeignet, das Heer der jährlich 700 000 neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Personen zu beschäftigen. Kein Wunder daher, daß der Anteil der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie von 15,0 % (1960)⁶⁵ auf 10,9 % im Jahre 1980⁶⁶ sank.

Auch die Versuche zur Diversifizierung der Handelsbeziehungen haben zu keiner grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur in den Philippinen geführt. Der volkswirtschaftliche Manövrierspielraum bei der Verfolgung nationaler Ziele ist dadurch nur unmerklich größer geworden.

Etwa seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann die Marcos-Administration, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Japan auszubauen. So ließen sich unmittelbar nach der Verabschiedung des Investment Incentives Act 18 japanische Großkonzerne in Manila nieder⁶⁷. Während der philippinische Handel früher einseitig auf die USA ausgerichtet war, wuchs der japanische Handelsanteil seit 1956 stetig und hat heute mit dem amerikanischen gleichgezogen, ihn zeitweise sogar leicht übertroffen. Bis 1970 hatte sich Japan von einem Netto-Importeur zu einem Netto-Exporteur im Handel mit den Philippinen entwickelt⁶⁸.

Zur früheren Abhängigkeit der philippinischen Volkswirtschaft vom Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die USA kam nun eine ebenso große Exportabhängigkeit vom japanischen Markt hinzu - auch hier vor allem in puncto mineralischer und agrarischer Rohstoffe. Etwa 60-100 % der Kupfer-,

Gold-, Silber- und Eisenerzförderung gehen nach Japan, dasselbe gilt für die Ausfuhr von Holz und Bananen⁶⁹. Die Optionsmöglichkeiten der philippinischen Wirtschaft werden überdies auch durch die symbiotische Zusammenarbeit japanischer und amerikanischer Konzerne erheblich eingeengt, die sich - wie Pringle nachweist - trotz anderweitig scharfer Konkurrenz und amerikanischer Ressentiments gegen japanische Geschäftspraktiken auch für US-Unternehmen als überaus lukrativ erweist⁷⁰.

Von Pringle, einem amerikanischen Diplomaten, stammt auch die These, die japanische Wirtschaftsexpansion müsse als eine Komponente der neuen amerikanischen Asienpolitik betrachtet werden, wie sie in der Nixon-Doktrin von 1969 formuliert wurde. Dem Bündnispartner Japan wird darin eine Rolle als Regionalmacht im Fernen Osten zugewiesen, die Japan jedoch nur dann voll ausfüllen kann, wenn es wirtschaftlich stark ist. Voraussetzung dafür ist aber der Zugang zu dem für Japan lebenswichtigen Wirtschaftsraum Südostasien⁷¹.

Hinzu kommt, daß sich die hochgeschraubten Erwartungen auf japanische Kapitalinfusionen für die philippinische Volkswirtschaft nur unzureichend erfüllten. Noch immer liegt der Anteil japanischer Direktinvestitionen weit hinter dem der USA. Demgegenüber bevorzugten die Japaner die Vergabe von Krediten für den Kauf japanischer Waren, die in ihrer Größenordnung die Investitionsleistungen bei weitem übertreffen. So erklärt sich auch die Tatsache, daß Japan mit 17 % hinter den USA (ca. 50 %) der zweitgrößte Gläubiger der Philippinen ist⁷².

Von Sander⁷³ und Sander/Kubiczek⁷⁴, wie im übrigen auch von anderen DDR-Beobachtern, wird die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten als ein wichtiger Hinweis auf die gewachsene wirtschaftliche Selbständigkeit der Philippinen gewertet. Zwar spricht die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten für einen bemerkenswerten Wandel in der philippinischen Außenhandelspolitik, doch als Beleg für eine gewachsene wirtschaftliche Selbständigkeit reicht sie nicht aus. Dagegen gibt es mindestens zwei Einwände:

1. Der Handel mit den sozialistischen Staaten fällt quantitativ kaum ins Gewicht, eine Tatsache, die von DDR-Forschern meist ignoriert wird. Der Handelsaustausch mit sozialistischen Staaten belief sich im Jahre 1978 gerade auf 2,67 % des gesamten Außenhandels der Philippinen. Dabei entfielen allein 58 % auf den Handel mit der VR China⁷⁵.
2. Die Struktur der Handelsbeziehungen mit sozialistischen Ländern unterscheidet sich in keiner Weise vom Handel mit kapitalistischen Ländern. Die Philippinen exportieren vorwiegend Produkte des extraktiven Sektors und der Landwirtschaft, während sie dafür Halbfertigwaren und Investitionsgüter importieren⁷⁶. Damit bestätigen sich am Beispiel der Philippinen die Erfahrungen, die andere Staaten der Dritten Welt in ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit dem sozialistischen Lager schon seit längerem gemacht haben: auch die sozialistischen Staaten betrachten die Dritte

Welt in erster Linie als billige Rohstofflieferanten und passen sich damit nahezu nahtlos in das Schema der ungleichen Nord-Süd-Austauschbeziehungen ein⁷⁷.

Ebenfalls nur geringen Einfluß auf die Diversifizierung des Handels hat bislang die Regionalkooperation innerhalb ASEAN auszuüben vermocht. Der Anteil der übrigen vier ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, Singapore und Thailand am philippinischen Handel wies nur bescheidene Zuwachsraten auf und stieg von 2,9 % im Jahre 1967⁷⁸ auf 5,91 % im Jahre 1978⁷⁹.

2. Außenpolitik

Levinson, Sander und Sander/Kubiczek führen in ihren Studien den Nachweis, daß sich die Philippinen selbst nach der Erlangung der Unabhängigkeit auch außenpolitisch zunächst nicht von ihrer früheren Kolonialmacht emanzipieren konnten. Als sicheren Beleg für diese These werten diese Wissenschaftler die ungleichen militär- und bündnispolitischen Verträge, die die Philippinen als Gegenleistung für Wirtschafts- und Militärhilfe mit den USA abschließen mußten⁸⁰. Den Rahmen für diese ungleichen Beziehungen setzte der "Vertrag über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen" (1946), der später durch ein Militärstützpunktabkommen (1947), ein Abkommen über militärische Hilfe (1947), einen Sicherheitsvertrag (1951) und die Mitgliedschaft der Philippinen in der SEATO (1954) ergänzt wurde. Von allen diesen Verträgen beeinträchtigte das Militärstützpunktabkommen die philippinische Souveränität wohl am meisten, zumal die Regierung den USA 23 Militärstützpunkte auf philippinischem Territorium überlassen mußte. Die DDR-Forschung leitet aus der Gesamtheit dieser Verträge eine außenpolitische Gleichschaltung der Philippinen ab, wodurch das Land in die amerikanische "Containment"- und später "Roll-back"-Strategie einbezogen wurde.

Verglichen mit dieser Außenpolitik des Landes in den ersten beiden Dekaden nach der Erlangung der völkerrechtlichen Unabhängigkeit, in der die Philippinen die Rolle eines amerikanischen Satelliten und Vorposten des Anti-Kommunismus in Asien spielten, hat die Regierung Marcos nach Meinung von Sander, Lava und Sander/Kubiczek einen bemerkenswerten Wandel ihrer außenpolitischen Positionen eingeleitet. Damit markiert das Jahr 1965 für die DDR-Forschung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in außenpolitischer Hinsicht eine deutliche Zäsur in der philippinischen Geschichte⁸¹.

Zwar ist die enge Verzahnung mit der Asienpolitik der USA nach Ansicht östlicher Beobachter auch nach der Amtsübernahme von Marcos zunächst weiterhin richtungweisend, was besonders in der Entsendung eines philippinischen Truppenkontingents nach Vietnam deutlich wurde⁸², doch danach - etwa seit Ende der sechziger Jahre - habe eine außenpolitische Neuorientierung eingesetzt, die nicht anders als eine Abkehr von der einseitigen Bindung an die USA zu verstehen sei. Diese habe bislang auf dem vermeintlich gemeinsamen

Interesse beruht, eine weitere Ausbreitung des Kommunismus in Asien zu verhindern. Wenngleich die USA nach wie vor als Sicherheitsgarant der Philippinen betrachtet werden, so sei insbesondere nach der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Propagierung der "Neuen Gesellschaft" im Jahre 1972 eine stärker an den nationalen Bedürfnissen ausgerichtete, flexiblere und pragmatischere Außenpolitik betrieben worden. Kennzeichen dieser Neuorientierung sei der Rückzug des philippinischen Kontingents aus Vietnam (Dez. 1969), die Aufnahme zuerst wirtschaftlicher, später auch diplomatischer Beziehungen mit den sozialistischen Staaten, die intensivierete Regionalkooperation innerhalb von ASEAN, der Versuch einer Annäherung an die Blockfreien, ein unabhängigeres Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien wie der UNO, die Auflösung der SEATO und die Bemühungen zur Revision des Stützpunktabkommens mit den USA.

Sander⁸³, der diese These besonders dezidiert vertritt, und die anderen DDR-Wissenschaftler befinden sich durchaus in Übereinstimmung mit der internationalen Philippinen-Literatur, wenn sie auf den seit Ende der sechziger Jahre gewachsenen Bewegungsspielraum der philippinischen Außenpolitik verweisen. Die These jedoch, die philippinische Regierung näherte sich damit einem eigenständigen und primär an nationalen Interessen orientierten außenpolitischen Kurs, geht meines Erachtens zu weit. Vielmehr muß die philippinische Außenpolitik weitgehend als Reaktion auf einen tiefgreifenden Wandel der weltpolitischen Rahmenbedingungen begriffen werden. Der Kurswechsel der philippinischen Außenpolitik vollzog sich in Anpassung an ein neues asiatisches Gleichgewichtssystem der drei Großmächte USA, Sowjetunion und der Volksrepublik China, das sich in diesen Jahren herauszubilden begann. Während die Pariser Vorgespräche für einen Frieden in Vietnam seit über einen Jahr im Gange waren und sich bereits hier die Möglichkeit eines amerikanischen Rückzugs aus Vietnam andeutete, verkündete die Nixon-Doktrin von 1969 - von der Ford-Doktrin im Jahre 1975 noch einmal untermauert - das amerikanische Disengagement in Asien⁸⁴.

Der Abbau der amerikanischen Präsenz in Asien und der Fall Südvietnams machten eine Neubestimmung der philippinischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten - insbesondere der VR China und der Sowjetunion - notwendig. Die Regierung in Manila hatte bis dahin die VR China und den Kommunismus als die Hauptfeinde der Republik bezeichnet. Bei der geringen Bereitschaft der USA, sich nach dem Vietnam-Debakel erneut in innerasiatische Konflikte verwickeln zu lassen, mußten die prowestlichen Staaten Südostasiens eigene Kommunikationskanäle zur friedlichen Beilegung eventueller politischer Konflikte mit den beiden anderen Weltmächten aufbauen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China (1975) und der UdSSR (1976) trägt daher zunächst rein defensiven Charakter und entspricht in ihrer Reihenfolge der aktuellen politischen Bedeutung dieser Mächte für die Philippinen. Dies schließt allerdings nicht aus, daß vor allem die sowjetische Karte gelegentlich als Trumpf zur Durchsetzung philippinischer Interessen gegenüber den USA ausgespielt wird.

Mehrfach drohte Manila mit einem Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion, als die Carter-Administration durch ihre herbe Kritik am autoritären Regierungsstil Marcos' und der Mißachtung von Menschenrechten für eine empfindliche Abkühlung der beiderseitigen Beziehungen sorgte⁸⁵.

Auch die verstärkte regionale Zusammenarbeit innerhalb ASEAN und der Versuch, die Kontakte zu den anderen Staaten der Dritten Welt zu verbessern, sind in erster Linie das Resultat der Nixon- bzw. der Ford-Doktrin. Beide sehen die Übernahme größerer militärischer und politischer Verantwortung durch die prowestlichen Staaten Asiens vor, wobei ihnen allerdings eine großzügige materielle Unterstützung durch die USA zugesichert wurde.

Der exterritoriale Status der amerikanischen Militärbasen in den Philippinen gilt seit jeher als Symbol philippinischer Abhängigkeit und neokolonialistischer Politik der USA. Zwar erreichte die Regierung Garcia bereits 1959 eine Vereinbarung mit den USA, die Laufzeit der Pachtverträge für die Militärstützpunkte von 99 auf 25 Jahre zu reduzieren, doch gab Washington erst 1966 seine endgültige Zustimmung dazu. Eine erneute Revision des Stützpunktabkommens gelang Präsident Marcos im Jahre 1979 nach jahrelangen mühseligen Verhandlungen. Darin verpflichteten sich die USA, eine Pacht in Höhe von 500 Mio. US Dollar für einen Zeitraum von insgesamt fünf Jahren zu entrichten. Daneben machten sie einige Zugeständnisse an die philippinische Souveränität wie die Ernennung von philippinischen Stützpunktkommandeuren und die Rückgabe nicht benutzter Basenterritorien. Eine erneute Überprüfung des Stützpunktabkommens wurde für April 1983 vereinbart⁸⁶.

Dennoch sind erhebliche Zweifel daran angebracht, ob Präsident Marcos wirklich ein Interesse an einer Übergabe der Basen und dem Abzug der amerikanischen Truppen hat. Anders als die thailändische Regierung, die 1976 die Räumung der amerikanischen Basen und den Abzug der US-Truppen erzwang, hat die Regierung Marcos immer wieder verstanden, den Streit um die Stützpunkte politisch geschickt für die unterschiedlichsten Ziele auszunutzen. In der Innenpolitik wird die Kontroverse um die Basen, deren Existenz als amerikanischer Übergriff auf die philippinische Souveränität angeprangert wird, zur Mobilisierung - oder Beschwichtigung - nationalistischer Bevölkerungsgruppen ausgenutzt. Den Regierungen in der Dritten Welt wird mit der Revision des Stützpunktabkommens von 1979 demonstriert, daß die alten neokolonialistischen Beziehungen zur USA der Vergangenheit angehören, während zugleich der VR China, Japan sowie den übrigen ASEAN-Staaten, die an einer fortdauernden US-Präsenz in Südostasien interessiert sind, glaubhaft versichert werden kann, daß sich sicherheitspolitisch nichts geändert habe⁸⁷. Wenn es auch nach Auffassung von Pringle erhebliche Zweifel am militärischen Wert der Basen gibt⁸⁸, so betrachten die ASEAN-Staaten und Japan in ihnen nach wie vor einen Sicherheitsfaktor gegenüber der potentiellen Bedrohung, die von den beiden kommunistischen Großmächten ausgeht. Die VR China schließlich sieht in den Basen einen Gegenpol zu dem zunehmenden politischen und militärischen Gewicht der UdSSR in der Region, das sich aus dem Freundschafts-

und Beistandsvertrag mit der DVR Vietnam (1978) und der Benutzung der Häfen Canh Ram Bay und Da Nang sowie Kompong Son in Kampuchea durch sowjetische Kriegsschiffe ergibt⁸⁹.

Es darf angenommen werden, daß Marcos im Falle eines amerikanischen Abzugs destabilisierende Auswirkungen auf das Kräftegleichgewicht in Südostasien befürchtet - nicht zuletzt auch die Möglichkeit einer japanischen Aufrüstung, die aufgrund der negativen historischen Erfahrungen der südostasiatischen Staaten mit Japan unweigerlich die Spannungen in der Region vergrößern würde⁹⁰. Überdies dürfte Marcos auch insofern an einer weiteren amerikanischen Militärpräsenz interessiert sein, als die Basen gerade für das Auslandskapital, das auf politische Veränderungen mit seismographischer Empfindlichkeit reagiert, einen Symbolwert für politische Stabilität, Kontinuität und prowestliche Politik besitzen. Ein amerikanischer Abzug aus den Philippinen könnte somit auch von einer massiven Kapitalflucht begleitet werden.

Seit der Amtsübernahme von Präsident Ronald Reagan ist eine Renaissance der "besonderen Beziehungen" zwischen den USA und ihrer früheren Kolonie festzustellen. Die Kritik an dem autoritären Regierungssystem der Philippinen ist fast völlig verstummt, die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen ist nicht mehr Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik und die Unterstützung von philippinischen Oppositionspolitikern, die im amerikanischen Exil leben, durch die US-Regierung hat aufgehört. Erstmals wieder seit 1966 wurde Präsident Marcos zu einem offiziellen Staatsbesuch in Washington empfangen. Im Rahmen der globalen, scharf anti-kommunistischen neuerlichen "Containment-Policy" der USA und dem Abrücken von der Ford-Doktrin nach dem Besuch von US-Außenminister Haig in Manila im Juli 1981 wurde den Philippinen eine neue strategische Bedeutung für die amerikanische Geopolitik in Asien und im Indischen Ozean zugesprochen. Damit dürfte auch die von Sander und Sander/Kubitzek vertretene These einer nationalistisch inspirierten Außenpolitik der Philippinen unter Marcos vollends ins Wanken geraten. Plausibler erscheint demgegenüber die These von Robert Youngblood⁹¹, der in Anbetracht der enorm gestiegenen amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe in den Jahren des Ausnahmezustands sowie der unverändert starken Verflechtung der philippinischen Volkswirtschaft mit amerikanischen Konzernen und Kreditgebern von einer tendenziell zunehmenden philippinischen Abhängigkeit von den USA spricht.

DIE PHILIPPINEN UNTER MARTIAL LAW

Besondere Beachtung verdient die Art und Weise, wie die DDR-Literatur den von Präsident Marcos im September 1972 verhängten Ausnahmezustand und die Propagierung einer "New Society" bewertet. Sander und Kubitzek beispielsweise erblicken im Ausnahmezustand den Beginn einer "neuen Entwicklungs-

etappe in den Philippinen, die spürbare Auswirkungen auf die sozial-ökonomische Struktur des Landes hatte". Die "Neue Gesellschaft" habe zu einer "beschleunigten nationalen Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" geführt⁹².

Nach sechs Jahren Ausnahmezustand ziehen die meisten DDR-Wissenschaftler eine recht positive Bilanz der "Neuen Gesellschaft"⁹³. Zwar wird in den eingeleiteten Reformen vorrangig eine Strategie zur "Verhinderung der Volksrevolution" gesehen - daraus erklärt sich ihr nur "begrenzt progressiver Charakter" - gleichwohl aber wird der Agrarreform, als dem Kernstück der Sozialreformen bescheinigt, sie habe "spürbare wirtschaftliche Erleichterung für die Pächter und Kleinbauern" gebracht, den "reaktionären Großgrundbesitzern jedoch einen beträchtlichen Teil ihrer Macht entzogen"⁹⁴.

Politisch habe der Ausnahmezustand zu einer innenpolitischen Stabilisierung des Landes geführt. Wenn auch das Regime viele Züge der Unterdrückung trage - hier werden die Aussetzung bürgerlicher Rechte, die Auflösung des Parlaments, das Streik- und Demonstrationsverbot, die Verhaftung oppositioneller Kräfte und die Machtfülle des Präsidenten erwähnt -, so seien doch auch zahlreiche positive Entwicklungen zu verzeichnen: Die Amnestie von politischen Gefangenen, die Zulassung demokratischer Organisationen und die Aufhebung des Verbots der PKP. Das neue politische System schließlich, das aus der "Neuen Gesellschaft" erwachsen sei, wird als Abgehen von den politischen Formen westlicher Prägung und als wichtiges Element einer eigenständigen philippinischen politischen Kultur gewürdigt. Als Beispiele hierfür werden die Gründung von Nachbarschaftsorganisationen (Barangays), die neuen Institutionen der Kommunalpolitik (Sangguniang Bayans), die Verfassung von 1973 und das 1978 bestellte neue Parlament (Batasang Pambansa) hervorgehoben⁹⁵.

An der DDR-Darstellung von Martial Law fällt auf, daß die Mehrzahl der DDR-Beobachter nur ganz am Rande auf die Gründe eingeht, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten. Die meisten Autoren beschränken sich dabei auf eine kurze Wiedergabe der von Präsident Marcos selbst genannten Motive: die Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Reformen, die Ausschaltung der Oligarchie und die Vereitelung von Umsturzplänen rechter und linker Extremisten. Lediglich Sander⁹⁶ geht einen Schritt über diese offiziellen Erklärungen hinaus, wenn er den Ausnahmezustand als einen Versuch des Präsidenten wertet, auch nach dem Ende seiner zweiten Amtsperiode, die 1973 abgelaufen wäre, an der Macht zu bleiben. Sander/Kubiczek dagegen erwähnen in ihrer Gesamtdarstellung der philippinischen Geschichte lediglich die Bedenken der USA gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes, den die frühere Kolonialmacht angeblich als Ausdruck nationalistischer Tendenzen deutete⁹⁷.

Stauffer⁹⁸ und noch mehr Canoy⁹⁹ konnten jedoch überzeugend darlegen, daß diese Maßnahme nicht nur mit Wissen, sondern sogar mit Billigung der USA ergriffen wurde. Stauffer unternahm den Versuch, die Konstellation zu rekonstruieren, die letztlich zur Ausrufung des Ausnahmezustandes führte.

Seiner Argumentation zufolge formierte sich in den sechziger Jahren eine breite anti-amerikanische, nationalistische Bewegung, die von der studentischen Jugend und dem städtischen Mittelstand getragen wurde. Der zuweilen militante Protest dieser Gruppen richtete sich vor allem gegen die amerikanische Vietnam-Politik, gegen die politische Bevormundung der Philippinen, den Verlust der eigenen kulturellen Traditionen und Werte sowie gegen den wachsenden Einfluß des ausländischen Kapitals, der - begünstigt durch die offene Wirtschaftspolitik der Regierung Marcos - vor allem von der kleineren und mittleren Unternehmerschaft als tödliche Gefahr gefürchtet wurde.

Wenn auch aus einer völlig anderen Interessenlage heraus, die zum Teil in krassem Gegensatz zu den Zielen dieser vorwiegend linksgerichteten nationalistischen Bewegung stand, verbanden sich die alteingesessene Oligarchie - d.h. die traditionellen Agrarexporteur und Teile der Industriebourgeoisie (die z.T. personell identisch waren) - mit den nationalistischen Gegnern Marcos', um dessen Regierung zu Fall zu bringen. Der Oligarchie ging es in erster Linie um die Fortführung der "besonderen Beziehungen" zur USA (Beibehaltung der amerikanischen Importquoten für landwirtschaftliche Produkte aus den Philippinen, dafür Akzeptierung des Laurel-Langley-Abkommens), die bislang die Grundlage für ihre riesigen Gewinne beim Export landwirtschaftlicher Produkte bildeten¹⁰⁰. Die von der Regierung Marcos angestrebte Öffnung der philippinischen Wirtschaft und das Auslaufen des Laurel-Langley-Abkommens ließen sie ein Ende dieser Vorteile auf dem amerikanischen Markt befürchten. Die Industriebourgeoisie hingegen sah in einem fortgesetzten Abbau der noch bestehenden protektionistischen Bestimmungen (nach Aufhebung der Devisenkontrollen im Jahre 1962) eine ernsthafte Bedrohung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem heimischen Markt. Mit ihrem Medienapparat inszenierte die Oligarchie eine Hetzkampagne gegen Marcos, die mit nationalistischen und antiimperialistischen Parolen die fundamental unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Oppositionsgruppen verwischte, damit aber die Massen gegen Marcos mobilisieren konnte.

Obleich die Koalitionen innerhalb der philippinischen Elite und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Interessen am Vorabend von Martial Law noch nicht vollständig aufgearbeitet sind, dürfte doch soviel klar sein: Die Vertreter der ausländischen, d.h. insbesondere der amerikanischen Wirtschaftsinteressen, und ihre philippinischen Geschäftspartner fürchteten unter dem Eindruck der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen um die politische Stabilität des Landes und ihre ökonomischen Privilegien (etwa durch die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftszweige) bei einem Sturz der Regierung Marcos. Sicherlich spielten noch andere Aspekte wie beispielsweise die persönlichen Machtaspirationen des Präsidenten eine Rolle bei der Verhängung des Ausnahmezustandes. Das wesentliche Element jedoch, das zur Bildung der Koalition zwischen Marcos, den ausländischen Kapitalinteressen und Teilen der einheimischen Bourgeoisie führte, dürfte die Aussicht gewesen sein, mit Hilfe des Ausnahmezustandes den heftigen innenpolitischen Widerstand

gegen die Öffnung der philippinischen Wirtschaft zu brechen.

Die positive Bewertung, welche die in den Jahren des Ausnahmezustands (1972-1981) entstandenen politischen Institutionen (Barangays, Sangguniang Bayans, Interim Batasang Pambansa, neue Verfassung) bei Sander/Kubiczek, Mardek/Sander oder Lava erfahren, übersieht den herrschaftsstabilisierenden Charakter dieser Maßnahmen¹⁰¹. Sie dienten nicht - wie Marcos niemals müde wurde zu behaupten - der Wiederherstellung eines demokratischen Staatwesens, sondern der Konsolidierung eines autoritären politischen Systems und seiner Klientel¹⁰².

Ähnlich unkritisch wie die politischen Institutionen der "Neuen Gesellschaft" beurteilen DDR-Beobachter die Versuche des Präsidenten, seine autoritäre Herrschaft mit der nötigen Legitimation zu versehen. So spiegelt sich nach Auffassung von Pomeroy¹⁰³ in den eindeutigen Abstimmungsergebnissen der Referenden, die Präsident Marcos zur Bestätigung seines Regimes periodisch abhielt, eine "nachhaltige Unterstützung der Politik des Präsidenten" durch das Volk wider. Wie Pomeroy in Bezug auf die Referenden erliegt auch Sander der Regierungsrhetorik, wenn er die Tatsache, daß die oppositionelle LABAN-Partei bei den Wahlen zum Interimparlament im April 1978 keine Kandidaten außerhalb der Hauptstadt aufstellen konnte bzw. nicht in der Lage war, auch nur einen einzigen Parlamentssitz zu erringen als Schwäche dieser Partei oder als Absage der Wähler interpretiert¹⁰⁴. Daß die Erfolglosigkeit von LABAN keineswegs das Ergebnis fehlender Anziehungskraft auf die Wähler ist, sondern vielmehr massivem staatlichen Wahlbetrug und einem die Grundsätze der Chancengleichheit verletzenden Wahlgesetz entspringt, bleibt vollkommen unerwähnt.

Auch andere schwerwiegende gesellschaftliche Fehlentwicklungen unter Martial Law werden in DDR-Publikationen entweder überhaupt nicht oder nur ganz marginal erörtert. Das gilt zum Beispiel für den oligarchischen Charakter der philippinischen Gesellschaft, der sich in der "Neuen Gesellschaft" kaum veränderte - die Veränderungen beschränkten sich auf einen personellen Austausch und einen zahlenmäßigen Schrumpfungsprozeß innerhalb des oligarchischen Zirkels. Die "neue Oligarchie" setzt sich zu großen Teilen aus Verwandten, Freunden und engen Vertrauten des Präsidentenehepaares zusammen und besteht heute aus etwa 60 Familien. Ebensowenig wird die immer weiter um sich greifende Militarisierung der Gesellschaft thematisiert, die insbesondere in den Landesteilen mit einer starken Guerilla-Bewegung zu beobachten ist¹⁰⁵. Somit werden auch die Begleiterscheinungen dieser Militarisierung, die flagrante Verletzung der Menschenrechte - Folterung, Verschleppung mit anschließender Tötung der Opfer ("salvaging"), Inhaftierung ohne Anklage oder "hamleting" - dem Leser vorenthalten. Zwischen 1972 und 1980 wurden mehr als 60 000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Zwar wurde der Großteil der Verhaftungen unmittelbar nach der Verhängung des Ausnahmezustands vorgenommen, doch noch immer verschwinden Regimekritiker ohne formelle Anklage und Vorlage eines Haftbefehls in den Gefäng-

nissen des Regimes. Die "Task Force Detainees", eine katholische Organisation zur Betreuung politischer Gefangener, registrierte zwischen 1977 und 1980 6 345 politisch motivierte Verhaftungen. Über 700 der derzeit einsitzenden politischen Gefangenen sind Dauerhäftlinge¹⁰⁶. In den Elendsvierteln der Städte und in den Dörfern des Hinterlandes terrorisieren Angehörige der Miliz (Integrated Civilian Home Defense Forces) oder der Barangay Tanods - eine Art Hilfspolizei - politisch Andersdenkende. Auch die Universitäten, Schauplatz eines neu auflebenden Studentenaktivismus, wurden systematisch mit Spitzeln durchsetzt.

In jüngster Zeit richtet das Militär - ähnlich wie zuvor schon die Briten während der "Emergency" in Malaysia und die Amerikaner in Vietnam - sog. "strategische Dörfer" (hamlets) ein, um in Gebieten mit starker Guerilla den Rebellen die Unterstützung der Bevölkerung zu entziehen. Die sanitären Verhältnisse in diesen Lagern sind katastrophal und die Felder der Bauern, die oft weit außerhalb der Lager in den Bergen verstreut liegen, können infolge der strengen Ausgehbestimmungen nicht mehr sorgfältig bestellt werden. Verschlimmert wird die Situation zusätzlich durch zahlreiche Übergriffe des Militärs auf eine schutzlose Zivilbevölkerung¹⁰⁷.

Es klingt angesichts dieser Tatsachen geradezu paradox, wenn in DDR-Publikationen Funktionäre der PKP, also Mitglieder einer Partei, die die meiste Zeit ihres Bestehens in der Illegalität operieren mußte und dabei ständig unter den Verfolgungen des staatlichen Sicherheitsapparates zu leiden hatte, in der Menschenrechtsfrage unzweideutig für die Regierung Stellung beziehen und Verletzungen der Menschenrechte schlichtweg leugnen¹⁰⁸. Die Sorge vieler Filipinos und ausländischer Philippinen-Kenner um die Beachtung menschlicher Grundrechte wird dabei von der PKP und der Regierung unisono als Einmischung imperialistischer Kräfte verurteilt.

Ein Argument, das in der DDR-Literatur gerne bemüht wird, um dem Ausnahmezustand Positives abzugewinnen, ist der Burgfriede, den die Regierung im Jahre 1974 mit der PKP abschloß¹⁰⁹. Darin verpflichtete sich die PKP, ihre bewaffneten Guerilla-Trupps aufzulösen und eine Politik der friedlichen Veränderung rückständiger gesellschaftlicher Verhältnisse zu betreiben, während die Regierung als Gegenleistung den illegalen Status der Partei aufhob, eine Amnestie erließ und die Verfolgung ihrer Mitglieder zumindest zeitweise einstellte. In der Folgezeit unterstützte die PKP die "sozialen Reformen" der Marcos-Administration - vor allem die Agrarreform - und sie begrüßte auch die außenpolitischen Neuerungen wie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und die Versuche zur Annäherung an die Blockfreien. Die Anpassung der Partei an die Regierung Marcos ging sogar so weit, daß ein prominentes Parteimitglied, der frühere Huk-Führer Luis Taruc, auf der Liste von Marcos' Kilusang Bagong Lipunan-Partei (KBL) in das Batasang Pambansa einzog.

Im Gegensatz zur DDR-Literatur, die in ihm die Voraussetzung für politische

Entfaltungsmöglichkeiten der PKP sieht, kann der Burgfriede zwischen der Regierung und der PKP im Grunde kaum anders als eine politische Bankrotterklärung der PKP verstanden werden. Die Partei wird durch ihre Unterstützung der Marcos'schen Politik realiter zu einem Propagandainstrument der Regierung, das diese dazu benutzt, sich dem Ausland als national integrative Kraft und als Anwalt demokratischer Spielregeln in der politischen Willensbildung zu präsentieren. Hätte Marcos die PKP als eine politisch ernstzunehmende Kraft eingestuft¹¹⁰, er wäre ihr mit Sicherheit ähnlich kompromißlos wie der CPP, nämlich mit militärischen Mitteln, entgegengetreten.

Die Kräfte des "nationaldemokratischen Befreiungskampfes" unterstützen heute in ihrer überwiegenden Mehrheit die Politik der "National Democratic Front" (NDF) - einer Art Dachorganisation des militanten, sozialistisch orientierten nationalen Widerstandes - und der Communist Party of the Philippines (CPP), eine maoistische Kaderpartei, die ebenfalls in der NDF repräsentiert ist. Die PKP dagegen, die außerhalb dieses Bündnisses steht, hat sich durch ihren Burgfrieden mit der Regierung und die partielle Unterstützung deren Politik in den Augen vieler linksgerichteter Filipinos kompromittiert und ist daher zu einem politischen Schattendasein verkümmert¹¹¹. Zwar verschweigt die DDR-Literatur das Ausmaß dieser Kräfteverschiebungen innerhalb der Linken, daß die Moskautreuen die Unterstützung der Linken verspielt haben, kann der Leser jedoch zwischen den Zeilen lesen: denn würde sonst die CPP und ihr bewaffneter Arm, die New People's Army (NPA), in vielen Artikeln¹¹² als "Spalter" der kommunistischen Bewegung in den Philippinen angeprangert?

Balagtas, Kassberg¹¹³ und Sander/Kubiczek gehen dabei sogar soweit, die CPP als Werkzeug eines vom amerikanischen Imperialismus, dem CIA und der philippinischen Reaktion gegen die Regierung Marcos geschmiedeten Komplotts zu bezeichnen - ein Komplott mit dem Ziel, die innenpolitische Lage in den Philippinen durch Terrorakte zu destabilisieren. Hervorgehoben wird auch die Absicht Pekings, durch die Unterstützung der CPP und der NPA den Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen den Philippinen und den sozialistischen Staaten zu stören und dabei zugleich einen Hebel in die Hand zu bekommen, um die eigenen Beziehungen zu Manila zu verbessern.

Tatsächlich waren 1967 einige maoistisch orientierte Parteimitglieder mit ihrem Wortführer Jose Maria Sison im Verlaufe ideologischer Richtungskämpfe aus der PKP ausgeschlossen worden, die daraufhin Ende 1968 die CPP und im März 1969 die NPA gründeten. Im Unterschied zu der auch heute weit mehr auf das städtische Industrieproletariat ausgerichteten Parteiarbeit der PKP propagierte die CPP entsprechend der maoistischen Lehren den "bewaffneten Bauernkrieg". Insbesondere seit Ende der siebziger Jahre, als wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten den Verlust der politischen Freiheiten noch schwerer wiegen ließen, und die Mißerfolge der staatlichen Entwicklungspolitik immer offensichtlicher zu Tage traten, gelingt es der CPP durch ein Zusammenspiel von taktischen militärischen Offensiven, umfang-

reicher politischer Aufklärungsarbeit und Versuchen zu einer eigenen Landreform in mehr als 30 "befreiten Gebieten" Teile der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Regierung zu mobilisieren. Ideologisch ist die CPP heute allerdings nicht mehr ausschließlich auf das chinesische Vorbild fixiert. Ohne en detail auf die Gründe für diese Entwicklung eingehen zu können, sei hierzu doch soviel angedeutet: durch die Annäherung der VR China an die Regierungen der ASEAN-Staaten hat die ideologische und materielle Unterstützung für die CPP offensichtlich bedeutend nachgelassen, zum anderen haben sich in der VR China selbst ideologische Veränderungen in Richtung einer Entmaoisierung vollzogen, die nicht ohne Resonanz bei der CPP bleiben konnten. Heute versucht die CPP weit intensiver als früher, einen eigenständigen philippinischen Sozialismus zu entwickeln, wobei auch die Erfahrungen anderer sozialistischer Drittweltländer wie Kuba, Mosambique oder Guinea-Bissao Beachtung finden und selbst europäische Sozialismus-Modelle wie Albanien oder Jugoslawien studiert werden¹¹⁴.

Auch was die sozialen Reformen in der "Neuen Gesellschaft" betrifft, ziehen westliche Analytiker eine weit weniger positive Bilanz als die DDR-Beobachter. Dies gilt vor allem für die Agrarreform, der die DDR-Wissenschaftler eine Schlüsselfunktion bei der Überwindung der hartnäckig fortbestehenden "feudalen" gesellschaftlichen Verhältnisse beimessen. Dagegen sind sich heute die meisten westlichen Philippinen-Wissenschaftler mit Kerkvliet¹¹⁵ darin einig, daß die Agrarreform primär eine Maßnahme zur Verhinderung revolutionärer Erhebungen auf dem Lande ist - eine Einschätzung, die partiell ja auch von Sander und Kubiczek akzeptiert wird¹¹⁶. Nur noch Apologeten des Marcos-Regimes sehen heute in der Agrarreform einen uneingeschränkten Erfolg. Ansonsten herrscht bei Agrarexperten weitgehend Einigkeit über die zahlreichen negativen Effekte dieser Maßnahme¹¹⁷, die in der DDR-Literatur - sieht man einmal von Makosch ab¹¹⁸ - in ihrer Bedeutung erheblich heruntergespielt werden. So bleibt bei Sander/Kubiczek die Beschränkung der Agrarreform auf den Mais- und Reissektor oder die Nichtberücksichtigung der annähernd 3 Mio. landlosen Landbewirtschafter völlig unerwähnt. Es findet sich auch kein Hinweis darauf, daß mit den rund 400 000 Pächtern im Reis- und Maissektor nur ein Bruchteil der ländlichen Bevölkerung in den Genuß der Landumverteilung kommt. Zwar wird gerne über spektakuläre Steigerungsraten in der Reisproduktion berichtet, daß dies jedoch hauptsächlich als Folge der Einführung kapitalintensiver Anbaumethoden (corporate farming) auf Kosten zahlreicher Kleinbauern geschah, die dadurch ihr Land verloren, wird nicht erwähnt. Ebenso wenig werden die schwerwiegenden sozialen Folgen beachtet, die sich aus der Ausweitung des "cash crop"-Sektors insbesondere in Mindanao ergeben. Hier haben multinationale Agrokonzerne wie Delmonte, Castle and Cooke, Dunlop, Guthrie oder Sime Darby riesige Anbauflächen für Bananen, Ananas, Ölpalmen und Kaffee auf Kosten ethnischer Minoritäten und kleiner Reisbauern kultiviert, die entweder von ihren Parzellen vertrieben wurden oder als Kontraktplanzer von den Multis auf subtile, gleichwohl aber rücksichtslose Art und Weise ausgebeutet werden¹¹⁹.

ZUSAMMENFASSUNG

Anhand von drei zentralen Thesen der DDR-Forschung konnten z. T. erhebliche Auffassungsunterschiede zur neueren westlichen Forschung nachgewiesen werden. So wurde mittels eines kritischen Literaturvergleichs der Versuch unternommen, zu zeigen, daß die DDR-Forschung die Rolle der PKP in den Bauernunruhen zwischen 1930 und den frühen fünfziger Jahren sowie in der "Hukbalahap" bei weitem überschätzt. Des Weiteren wurde versucht, darzulegen, daß die Wirtschafts- und Außenpolitik von Präsident Marcos keinesfalls unter nationalistischen Vorzeichen steht, auch wenn zum Teil spürbare Wandlungen in diesen Politikbereichen im Vergleich zu seinen Vorgängern nicht zu übersehen sind. Schließlich wurde die vergleichsweise positive Beurteilung des Ausnahmezustandes in der DDR-Forschung einer kritischen Überprüfung unterzogen, die bei dem vorliegenden Material allerdings nicht haltbar erscheint.

Es würde nicht schwerfallen, neben diesen drei ausgewählten, für das Philippinen-Bild der DDR gleichwohl zentralen Themenkomplexen weitere Bereiche zu finden, in denen die DDR-Forschung ebenfalls zu einer anderen Einschätzung als die Mehrzahl der westlichen Philippinen-Forscher gelangt. In diesem Zusammenhang verdient vor allem die Darstellung der amerikanischen Annexion der Philippinen (1898-1901) besondere Erwähnung, die in der DDR-Literatur zu Recht als Beginn einer Kette von kriegerischen Verwicklungen der USA in Asien (Pazifik-Krieg, Korea-Krieg, Vietnam-Krieg) bewertet wird. Dabei wird deutlich, was westliche Philippinen-Beobachter allzu oft unterschlagen, wenn sie von der amerikanischen Kolonialzeit in den Philippinen sprechen: daß der Übergang von der spanischen zur amerikanischen Kolonialherrschaft alles andere als ein friedlicher Wandel war, sondern ein blutiger Eroberungskrieg gegen die erste Philippinische Republik, in dessen Verlauf mehrere hunderttausend wehrlose Zivilisten ihr Leben verloren. Ebenfalls hervorzuheben wäre die kritische Abrechnung mit der philippinischen Kollaboration während des Zweiten Weltkriegs. Die Kollaboration mit den Japanern ist eines der dunkelsten Kapitel in der philippinischen Geschichte, das aber in den Philippinen überraschend schnell bewältigt wurde und auch in der westlichen Forschung meist mit wenigen Bemerkungen abgetan wird. Stellvertretend für weitere, hier jedoch nicht behandelte Themen seien noch das Moslem-Problem im Süden, die Rolle der Armee oder die Stellung der Philippinen in Süd- und Südostasien genannt. Doch es führte zu weit, die Sichtweise der DDR-Forschung zu all diesen Fragen im einzelnen auszubreiten.

Fassen wir also die Ergebnisse dieser Literaturstudie weiter zusammen: Ähnlich wie in der Bundesrepublik ist der Umfang der Philippinen-Literatur in der DDR relativ bescheiden. Anders jedoch als hierzulande bleibt in der DDR-Forschung das Spektrum der bearbeiteten Themen verhältnismäßig klein: die Mehrzahl der Artikel und Studien beschäftigt sich in irgendeiner Form mit der Arbeit der PKP - der kommunistischen Bruderpartei der SED auf den

Philippinen -, der Wirkungsweise des US-Imperialismus, der philippinischen Position im Ost-West-Konflikt oder sozio-ökonomischen Fragestellungen. Ebenfalls noch geringer als in der Bundesrepublik dürfte die Zahl der Philippinen-Kenner sein: es ist wohl kaum mehr als eine Handvoll von Fachleuten, die sich permanent mit der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung der Philippinen befaßt. Dazu kommen noch einige philippinische Parteifunktionäre und sowjetische Gesellschaftswissenschaftler, deren Beiträge ins Deutsche übersetzt in der DDR publiziert wurden. Wenig reichhaltig ist auch die Auswahl an Publikationsorganen, die in gewissen Abständen über die Philippinen berichten: mit "horizont", "Probleme des Friedens und Sozialismus", "Neue Zeit" und "Deutsche Außenpolitik" dürfte sich das Angebot bereits erschöpft haben.

Bei einem Vergleich der Artikel und Untersuchungen fällt des weiteren auf, daß kontroverse Positionen allenfalls von seiten der philippinischen Autoren vertreten werden - und dann auch höchstens ansatzweise und in nebensächlichen Fragen. Bemerkenswert ist ferner, daß die DDR-Beobachter in ihren Analysen, sofern sie Fragen der Außen- und Wirtschaftspolitik unter Marcos, dessen "Sozialreformen" sowie die institutionelle Ordnung in der "Neuen Gesellschaft" berühren, fast wortgetreu dessen Positionen übernehmen. Dabei werden die Standpunkte der Marcos-Regierung jedoch häufig in unzulänglicher Weise mit dem gesellschaftlichen Ist-Zustand vermengt.

Der theoretische Rahmen aller DDR-Studien zu den Philippinen ist das sowjet-marxistische Entwicklungsmodell eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges. Die darin vorgegebene lineare gesellschaftliche Entwicklungsgesetzmäßigkeit führt insofern zu einer positiven Einschätzung von Marcos Martial Law Regime, als nach Auffassung der DDR-Wissenschaftler in der kapitalistischen Industrialisierungsstrategie Marcos die Überwindung noch weit verbreiteter Residuen des Feudalismus forciert vorangetrieben wird. Paradoxaerweise trifft sich hier die Entwicklungsperspektive der modernisierungstheoretisch beeinflussten Technokraten Marcos' mit derjenigen der marxistischen Beobachter aus der DDR: beide sehen - wenn auch von grundverschiedenen Prämissen ausgehend - einzig in einer raschen und umfangreichen Industrialisierung die Chance zur Überwindung rückständiger gesellschaftlicher Verhältnisse. Ganz in Entsprechung zu ihrem methodischen Werkzeug, dem historischen Materialismus, erklären die östlichen Philippinen-Forscher Unterentwicklung mit rein polit-ökonomischen Kategorien. Unterentwicklung ist dabei das Produkt einer Koalition zwischen ausländischen, imperialistischen Akteuren - im Falle der Philippinen in erster Linie der Regierung der USA und amerikanischen Wirtschaftsmonopolen - und einer einheimischen Oligarchie, die sich alle durch die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung der Volksmassen unermeßlich bereichern. So schablonenhaft dieses Erklärungsmodell auch ist - bleiben doch kulturelle, ethnische oder religiöse Erklärungsfaktoren im wesentlichen unberücksichtigt - so bietet diese polit-ökonomische Analyse dem westlichen Leser (vor allem bei Levinson) doch eine Fülle interessanter

Details über die Strukturen, Besitzverhältnisse und Verflechtungen in der philippinischen Wirtschaft.

Im Sinne ihres linearen Geschichtsverständnisses sehen die DDR-Forscher der weiteren Entwicklung der Philippinen mit verhaltenem Optimismus entgegen. Sie unterscheiden sich damit auch in diesem Punkt von der Mehrzahl der westlichen Beobachter, die die Zukunft des Landes in Anbetracht seiner großen ökonomischen, sozialen und politischen Schwierigkeiten eher skeptisch beurteilen.

Anmerkungen

- 1) Die vielleicht einzige Ausnahme bildet das Standardwerk des Geographen Albert Kolb, das bereits 1942 erschien und bis heute die einzige Studie mit einem umfassenden Anspruch geblieben ist. Albert Kolb, Die Philippinen, Leipzig 1942.
- 2) Bernd Sander / Wolfgang Kubiczek, Die Philippinen. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1981.
- 3) Siehe dazu Bernard von Plate, Prioritäten und Verhaltensmuster der DDR-Außenpolitik im Bereich der "Dritten Welt" seit dem Durchbruch zur internationalen Anerkennung, Ebenhausen 1977.
- 4) Bernd Sander / Wolfgang Kubiczek, Die Philippinen. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1981, S. 11.
- 5) Richtungsweisend für die sowjet-marxistische Entwicklungstheorie ist der sowjetische Wissenschaftler S.I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Berlin 1972.
- 6) Zum nichtkapitalistischen Entwicklungsweg siehe Salim Ibrahim / Verena Metze-Mangold, Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg. Ideengeschichte und Theorie-Konzepte, Köln 1976.
- 7) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973.
- 8) Bernd Sander / Wolfgang Kubiczek, Die Philippinen. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1981, S. 13-16.
- 9) G.I. Levinson, Die Philippinen - gestern und heute, Berlin 1966, S. 19-23.
- 10) Sander/Kubiczek (1981), S. 16-17.
- 11) S. ebda., S. 19.
- 12) In einer früheren Arbeit widerspricht Sander dieser sonst gängigen Einschätzung. Danach ist die kapitalistische Entwicklung zum "bestimmenden

Moment auf den Philippinen geworden", so daß "ein künftiger nichtkapitalistischer Entwicklungsweg" nicht mehr möglich ist. Deshalb könne "die Grundaufgabe der Revolution objektiv nur durch eine Proletarische Revolution gelöst werden, für die gegenwärtig noch die subjektiven Voraussetzungen fehlen". Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973, S. 26.

- 13) Basam Tibi, Zur Kritik der sowjetmarxistischen Entwicklungstheorie, in: Basam Tibi / Volkhard Brandes (Hrsg.), Handbuch 2 Unterentwicklung, Frankfurt 1975, S. 64-86.
- 14) S. ebda., S. 67.
- 15) Sander/Kubiczek (1981), S. 16.
- 16) S. ebda., etwa S. 14, 128, 137.
- 17) Tibi (1975), S. 67.
- 18) Karl-August Wittfogel, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Frankfurt 1977, siehe vor allem S. 456-459, 518 und 532 ff.
- 19) Hamza Alavi, Indien und die koloniale Produktionsweise, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt 1979, S. 235-279.
- 20) Auch andere westliche, vom Marxismus beeinflusste Theorieansätze wie beispielsweise Samir Amins "Theorie des ungleichen Tauschs", Senghaas' Dissoziationstheorie oder die lateinamerikanischen Dependenztheorien, um nur einige aus der Vielzahl entwicklungstheoretischer Ansätze herauszugreifen, werden in der DDR nicht rezipiert.
- 21) Tibi (1975), S. 86.
- 22) Dies gilt beispielsweise für die Arbeiten Benedict Kerkvliets, Robert B. Stauffers oder David Wurfels.
- 23) Siehe dazu die zahlreichen Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts zu diesem Thema. Ähnlich Gerald Braun / Heribert Weiland, Entwicklungshilfe auf der Suche nach kultureller Identität, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 10/1981, S. 12-13 oder Hans-Dieter Evers, Abschied von der großen Theorie, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 2/1983, S. 9.
- 24) Sander / Kubiczek (1981), S. 37 ff. und 73 ff. ; Levinson (1966), S. 77 ff., 148 ff., 203 ff., 267 ff.
- 25) Levinson (1966), S. 45-50.
- 26) S. ebda., S. 94, Sander/Kubiczek (1981), S. 32.
- 27) Sander/Kubiczek (1981), S. 32.

- 28) S. ebda., S. 31 ff.; Levinson (1966), S. 77 ff., siehe auch Harry Thürk, *Nachts weint die Sampaguita. Kampf und Niederlage der Huk auf den Philippinen*, Berlin 1980.
- 29) Levinson (1966), S. 148 ff.; Sander/Kubiczek (1981), S. 28.
- 30) Onofre Corpus, *The Philippines*, Englewood Cliffs 1976, S. 109-111, 119; ebenso Beth Day, die Frau des philippinischen Außenministers Carlos P. Romulo, in ihrem Buch "The Philippines. Shattered Showcase of Democracy in Asia", Manila 1974, S. 131 f., 221; Alvin Scaff, *The Philippine Answer to Communism*, Stanford 1955; Robert Aura Smith, *Philippine Freedom 1946-1958*, New York 1958, S. 139 ff.; Justus M. van der Kroef, *Communism and Reform in the Philippines*, in: *Pacific Affairs*, Winter 1973/74, S. 31; weitere Literaturangaben zu diesem Problemkreis, siehe Benedict Kerkvliet, *The Huk Rebellion. A Study of Peasant Revolt in the Philippines*, Quezon City 1979, S. 256.
- Typisch für zahlreiche philippinische Geschichtswerke ist auch die Tendenz, den Ursprüngen der "Hukbalahap" als anti-japanischer Widerstandsbewegung nur wenig Beachtung zu schenken. So heben etwa Teodoro A. Agoncillo und Milagros C. Guerrero in ihrer Geschichte des philippinischen Volkes die - in Wirklichkeit unbedeutenden - Guerillaaktivitäten von versprengten Einheiten der USAFFE (US Army of the Far East) hervor, die sich nach dem Fall von Bataan und Corregidor (April und Mai 1942) nach Zambales, Südluzon und Mindanao zurückgezogen haben. Teodoro A. Agoncillo/Milagros C. Guerrero, *History of the Filipino People*, Quezon City, S. 471-474.
- 31) Benedikt Kerkvliet, *The Huk Rebellion. A Study of Peasant Revolt in the Philippines*, Quezon City 1979. Auf bundesdeutscher Seite dazu Rolf Hanisch in einem vorzüglichen Aufsatz "Staat, ländliche Armutgruppen und Agrarpolitik in den Philippinen", in: Rolf Hanisch/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), *Staat und Entwicklung. Studium zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern*, Frankfurt 1981, S. 232.
- 32) S. ebda., S. 264-266.
- 33) S. ebda., S. 50.
- 34) S. ebda., S. 50.
- 35) S. ebda., S. 227.
- 36) Siehe Bernhard Dahm, *Emanzipationsversuche von kolonialer Herrschaft in Südostasien. Die Philippinen und Indonesien. Ein Vergleich*. Wiesbaden 1979, S. 11-60; Barington Moore, *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt 1982.
- 37) Kerkvliet (1979), S. 227, 265.
- 38) Bernd Sander. *Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der*

- Philippinen (1965-71), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973, S. 6. Ähnlich Jahrbuch Asien-Afrika-Lateinamerika 1975. Bilanz Süd- und Südostasien, S. 78; Francisco Balagtas, Tendenzen der Veränderungen auf den Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus Heft 7, 1975, S. 993; William Pomeroy, Kommunisten wirken unter neuen Bedingungen, in: horizont Nr. 27/1975, S. 12; Jahrbuch Asien-Afrika-Lateinamerika 1976. Bilanz Süd- und Südostasien, S. 85.
- 39) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-71), Diss. Potsdam-Babelsberg, 1973; Bernd Wolf, Industrialisierung in nationaler Regie, in: horizont Nr. 5/1978, S. 25; Sander/Kubiczek (1981), S. 114, 124-125.
- 40) José Lava, Neues in der Orientierung der Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 12, 1977, S. 1685.
- 41) Siehe Robert B. Stauffer, The Political Economy of Refeudalization, in: David A. Rosenberg (ed.), Marcos and Martial Law in the Philippines, Ithaca and London 1979, S. 180-218; ders., Robert B. Stauffer, Framework for Peripheral Development, in: John F. Doherty (ed.), Readings on Peripheral Development: The Role of the Multinationals, Manila 1979, S. 93-123; Mark Selden, American Global Enterprise and Asia, in: Bulletin of Concerned Asian Scholars, April-June 1975, S. 15-33.
- 42) Robert B. Stauffer, The Political Economy of Refeudalization, in: David A. Rosenberg (ed.), Marcos and Martial Law in the Philippines, Ithaca and London 1979, S. 189.
- 43) Siehe Donald J. Blake, Notes on Growth, Structural Change and Investment in the Philippines, 1948-1970, in: Journal of Economic Development and Social Change in Asia and Pacific, Vol. 1, No. 1 1976, S. 81-106.
- 44) Siehe u. a. Amado Guerrero, Philippine Society and Revolution, Manila 1971, S. 54; Robert Pringle, Indonesia and the Philippines. American Interests in Island Southeast Asia, New York 1980, S. 122.
- 45) Dirk Bronger. Die Industrie der Philippinen. Geschichte, Struktur, Entwicklungsprobleme. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 108, Hamburg 1979, S. 45.
- 46) Walden Bello / Robin Broad, 20 Years of Intervention. The IMF in the Philippines, in: AMPO, Japan - Asia Quarterly Review Vol. 14, No. 3, 1982, S. 29.
- 47) Siehe dazu vor allem Walden Bello et al., Development Debacle: The World Bank in the Philippines, San Francisco 1982 und Robert B. Stauffer, The Manila - Washington Connection: Continuities in the Transnational Political Economy of Philippine Development, paper prepared for presentation at the 1983 meeting of the Association for Asian Studies, San Francisco, March 25th-27th.

- 48) S. ebda., S. 29; Rainer Tetzlaff, Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer, München 1980.
- 49) Rolf Hanisch, Philippinen, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt 4, Halbband II, Unterentwicklung und Entwicklung in Asien, Hamburg 1978, S. 557.
- 50) FAZ 27. Dez. 1982, S. 12.
- 51) S. ebda.
- 52) Financial Times, Philippines Supplementary, 7. November 1980.
- 53) Hierzu Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung - Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek 1977, S. 483 ff.
- 54) Siehe hierzu Selden (1975), S. 30.
- 55) Zu den amerikanischen Direktinvestitionen in den Philippinen siehe Pringle (1981), S. 121-123.
- 56) Bronger (1979), S. 41.
- 57) Sander/Kubiczek (1981), S. 132.
- 58) So im Jahrbuch Asien-Afrika-Lateinamerika, Bilanz Süd- und Südostasien 1974, S. 171 und bei Bernd Wolf, Industrialisierung in nationaler Regie, in: horizont Nr. 5/1978, S. 25.
- 59) Sander/Kubiczek (1981), S. 115.
- 60) S. ebda., S. 114.
- 61) Bronger (1979), S. 41.
- 62) Zu einer ähnlichen Einschätzung - die damit im Gegensatz zur Position der meisten anderen Beobachter mit einem marxistisch-leninistischen Ansatz steht - gelangen auch die beiden philippinischen KP-Funktionäre Francisco Balagtas und Felicísimo Macapagal. Siehe Francisco Balagtas, Der amerikanische Imperialismus auf den Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 4 1972, S. 535 und Felicísimo Macapagal, Der USA-Imperialismus und die Unabhängigkeit der Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 8 1978, S. 1072.
- 63) Guerrero (1971), S. 83 ff.
- 64) World Bank, The Philippines. Priorities and Prospects for Development, Washington 1976, S. 232.
- 65) Hanisch (1978), S. 550.
- 66) Asia Yearbook 1981, S. 231.
- 67) Siehe Jürgen Rüländ, Politik und Verwaltung in Metro Manila. Aspekte der

Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System, München 1982, S. 63.

- 68) IBON Research, Japan in Northern Philippines. Issues Raised by Japanese Corporate Activity in the Philippines, in: AMPO, Japan-Asia Quarterly Review Vol. 14, No. 3 1982, S. 38 ff.
- 69) S. ebda., S. 39.
- 70) Pringle (1980), S. 137.
- 71) S. ebda., S. 134 ff.
- 72) IBON Research, Japan in Northern Philippines, Issues Raised by Japanese Corporate Activity in the Philippines, in: AMPO, Japan-Asia Quarterly Review Vol. 14, No. 3 1982, S. 38.
- 73) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973, siehe insbes. Kap. 4.
- 74) Sander/Kubiczek (1981), S. 233-248.
- 75) Philippine Yearbook 1979, S. 669.
- 76) Dies zeigt sich auch in dem 1977 zwischen der DDR und den Philippinen abgeschlossenen Handelsabkommen, das Ausrüstungs- und Anlagelieferungen der DDR für die philippinische Industrie vorsieht. Siehe dazu Bernd Wolf, Industrialisierung in nationaler Regie, in: Horizont, Nr. 5/1978, S. 25.
- 77) Hierzu Clemens Jürgenmeyer, Die Sowjetunion und Indien, in: Indo-Asia 1, 1978, S. 15-30; und Jiri Elias, Die Außenwirtschaftsbeziehungen des COMECON mit den Entwicklungsländern. Unter besonderer Berücksichtigung Südasiens, Bern/Frankfurt/Las Vegas, 1977.
- 78) Robert Youngblood, Philippine-American Relations under the "New Society", in: Pacific Affairs, Vol. 50, No. 1. Spring 1977, S. 49; siehe ferner Laura Jeanne Henze, US-Philippine Economic Relations and Trade Negotiations, in: Asian Survey, April 1976, Vol. XVI, No. 4, S. 319-337; W. Scott Thompson, Unequal Partners. Philippine and Thai Relations with the United States 1965-75, Lexington 1975.
- 79) Philippine Yearbook 1979, S. 670.
- 80) Levinson (1966), S. 214 ff., Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973, Kap. 1, S. 28 ff.; Sander/Kubiczek (1981), S. 53 ff.
- 81) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973; Bernd Sander, Manilas schwerer Weg zur Erkenntnis, in: horizont, Nr. 28/1976, S. 21; José Lava, Neues in der Orientierung der Philippinen, in: Probleme des

- Friedens und Sozialismus, Heft 12 1977, S.1684; Jahrbuch Asien-Afrika-Lateinamerika 1977, Bilanz Süd- und Südostasien, S.71; Ulrich Makosch, Kommunisten unterstützen progressive Tendenzen, in: *horizont*, Nr.2/1977, S.12; Sander/Kubiczek (1981), S.233-248.
- 82) Sander/Kubiczek (1981), S.193.
- 83) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-71), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973.
- 84) Hierzu Claude A. Buss, *The United States and the Philippines. Background for Policy*, Washington 1972, S.99 ff.
- 85) Pringle (1980), S.89 ff.
- 86) S. ebda., S.75-78.
- 87) S. ebda., S.75-78.
- 88) S. ebda., S.75-78.
- 89) Die im April dieses Jahres erfolgte Überarbeitung des Vertragswerkes über die Militärbasen liegt ganz auf der Linie dieser Argumentation. Dabei kamen beide Seiten überein, daß die amerikanischen Abgeltungsleistungen für die Periode von 1984 bis 1989 von bisher 500 auf nunmehr 900 Mio. US Dollar erhöht werden - 475 Mio. US Dollar in Form von Wirtschaftshilfe, die restlichen 425 Mio. US Dollar als Militärhilfe. Die überraschend schnelle Einigung macht zudem deutlich, daß auch die philippinische Regierung weiterhin am Fortbestand der Militärstützpunkte interessiert ist. Siehe NZZ, 4. Juni 1983, S.11.
- 90) S. ebda., S.75-78.
- 91) Youngblood (1977), S.59.
- 92) Sander/Kubiczek (1981), S.111 und S.249-254.
- 93) Neben Sander/Kubiczek siehe auch: José Lava, Neues in der Orientierung der Philippinen, in: *Probleme des Friedens und Sozialismus* Heft 12 1977, S.1684; William Pomeroy, Wem nützt der Ausnahmezustand? Die Haltung der Kommunistischen Partei zur Entwicklung im Lande, in: *horizont*, Nr.5/1977, S.12; ders., KP unterstützt Neuorientierung, in: *horizont*, Nr.19, 1978, S.12; ders., Bodenreform: Realitäten und Erfordernisse, in: *horizont*, Nr.30/1978, S.12.
- 94) Sander/Kubiczek (1981), S.125 und S.129. Ähnlich äußert sich Ulrich Makosch, Kommunisten unterstützen progressive Tendenzen, in: *horizont*, Nr.2/1977, S.12; William Pomeroy, Wem nützt der Ausnahmezustand? Die Haltung der Kommunistischen Partei zur Entwicklung im Lande, in: *horizont* Nr.5/1977, S.12; Ulrich Makosch, Erfolge und Schwierigkeiten bei der Bodenreform, in: *horizont*, Nr.12/1977, S.16-17; William Pomeroy, KP unterstützt Neuorientierung, in: *horizont*, Nr.19/1978, S.12.

- 95) Sander/Kubiczek (1981), S. 249-254.
- 96) Bernd Sander, Grundlagen und Entwicklungstendenzen der Außenpolitik der Philippinen (1965-1971), Diss. Potsdam-Babelsberg 1973, Kap. 2, S. 42.
- 97) Sander/Kubiczek (1981), S. 205.
- 98) Robert B. Stauffer, The Political Economy of Refeudalization, in: David A. Rosenberg (ed.), Marcos and Martial Law in the Philippines, Ithaca and London 1979, siehe v. a. S. 187-198.
- 99) Reuben R. Canoy, The Counterfeit Revolution. Martial Law in the Philippines, Manila 1980, S. 29.
- 100) Auf der Grundlage des Laurel-Langley-Abkommens nahmen die USA philippinischen Zucker zu Preisen ab, die um durchschnittlich 40 % über den freien Weltmarktpreisen lagen. Vgl. Rolf Hanisch, Staat, ländliche Armutgruppen und Agrarpolitik in den Philippinen, in: Rolf Hanisch/Rainer Tetzlaff (Hrsg.): Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern, Frankfurt 1981, S. 237.
- 101) Sander/Kubiczek (1981), S. 249-254. Siehe ebenfalls Helmut Mardek/Bernd Sander, Vom Präsidialregime zum Parlamentarismus. Eine Betrachtung zur philippinischen Verfassung, in: horizont, Nr. 7/1974, S. 21; José Lava, Neues in der Orientierung der Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 12 1977, S. 1686.
- 102) Vgl. dazu Jürgen Rüländ, Politik und Verwaltung in Metro Manila. Aspekte der Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System, München 1982, S. 25-54; Mohamened A. Nawawi, Political Participation during the First Five Years of the New Society in the Philippines, in: Journal of Southeast Asian Studies, Vol. XIII, No. 2, S. 278; Robert B. Stauffer, Philippine Corporatism: A Note on the "New Society", in: Asian Survey, Vol. XVII, No. 4, April 1977, S. 402 ff.
- 103) William Pomeroy, Wem nützt der Ausnahmezustand? Die Haltung der kommunistischen Partei zur Entwicklung im Lande, in: horizont, Nr. 5/1977, S. 12.
- 104) Bernd Sander, Philippinen. Nationalversammlung gewählt, in: horizont, Nr. 17/1978, S. 18.
- 105) Siehe auch Jürgen Rüländ, Die Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand. Ein Überblick über neueste Entwicklungen, Freiburg, Januar 1982.
- 106) Political Detainees Update, Vol. V, No. 14, July 31, 1981, S. 5.
- 107) Peter Tachau, Strategische Dörfer. Philippinen: Militär und Wirtschaft Hand in Hand, in: der Überblick 1/82, S. 32-36 und In the Face of Ad-

- versity, published by the Komite ng Sambayanang Pilipino, S. 18-29.
- 108) Siehe Felicisimo Macapagal, Der USA-Imperialismus und die Unabhängigkeit der Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 8 1976, S. 1070 f.
- 109) Siehe Sander/Kubiczek (1981), S. 156-158; ebenso Francisco Balagtas, Tendenzen der Veränderungen auf den Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 7/1975, S. 989; William Pomeroy, Kommunisten wirken unter neuen Bedingungen, in: *horizont*, Nr. 27/1975, S. 12; José Lava, Neues in der Orientierung der Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 12/1977, S. 1684; Ulrich Makosch, Kommunisten unterstützen progressive Tendenzen, in: *horizont*, Nr. 2/1977, S. 12; William Pomeroy, Wem nützt der Ausnahmezustand? Die Haltung der Kommunistischen Partei zur Entwicklung im Lande, in: *horizont*, Nr. 5/1977, S. 12; ders., KP unterstützt Neuorientierung, in: *horizont*, Nr. 19/1978, S. 12.
- 110) Zur heutigen Position der PKP siehe Documents of the Eight Congress of the Partido Komunista ng Pilipinas (PKP), Central Luzon, December 1980.
- 111) Siehe dazu Guerrero (1971).
- 112) Exemplarisch dafür Sander/Kubiczek (1981), S. 153-156 und Francisco Balagtas, Die Maoisten auf den Philippinen, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 6/1973, S. 805-809.
- 113) Erich Kassberg, 50 Jahre kommunistische Partei, in: *horizont* Nr. 44/1980, S. 12.
- 114) Vgl. Jürgen Rüländ, Die Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand: Ein Überblick über neueste Entwicklungen. Freiburg, Januar 1982, S. 6-14.
- 115) Benedict J. Kerkvliet, Land Reform: Emancipation or Counterinsurgency, in: David A. Rosenberg (ed.), Marcos and Martial Law in the Philippines, Ithaca and London 1979, S. 113-144.
- 116) Sander/Kubiczek (1981), S. 125.
- 117) Von philippinischer Seite dazu Jeremias U. Montemayor, Seven Years of Agrarian Reform under Martial Law, Occasional Paper No. 8, 16 Oct. 1980, Agrarian Reform Institute. College of Development Economics and Management, University of the Philippines at los Banos.
- 118) Ulrich Makosch, Erfolge und Schwierigkeiten bei der Bodenreform, in: *horizont*, Nr. 12/1977, S. 16-17.
- 119) Vgl. Jürgen Rüländ, Die Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand. Ein Überblick über neueste Entwicklungen, Freiburg, Januar 1982, S. 27-33.